



Konzept Sonderpädagogik

2017

Impressum

Departement Bildung und Kultur
Amt für Volksschule und Sport
Regierungsgebäude
9102 Herisau

www.schule.ar.ch

Verfasser

Dr. Alexandra Schubert
Dr. Ingrid Brühwiler
Dominik Schleich

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Das Wichtigste in Kürze	4
1. Ausgangslage und Grundlagen	7
1.1 Allgemeines zum Konzept	7
1.2 Rechtsgrundlagen.....	8
1.3 Leitgedanken	10
1.4 Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit (ICF)	12
2. Sonderpädagogische Angebote	14
2.1 Sonderpädagogische Angebote im Überblick.....	14
2.2 Aktuelle Durchführungsstellen	16
2.3 Integrative Schulung	17
2.4 Separative Schulung.....	19
3. Verfahren und Abläufe.....	21
3.1 Konkrete Vorgehensweisen	21
3.2 Diagnostik	23
3.3 Abklärungsstelle.....	25
3.4 Zuweisung von sonderpädagogischen Massnahmen.....	25
4. Finanzierung und Steuerung.....	27
4.1 Finanzierung	27
4.2 Steuerung	30
5. Zuständigkeiten im Departement Bildung und Kultur	31
6. Qualitätssicherung und Reporting	32
Anhang	33
1. Rechtliche Grundlagen	33
2. Glossar	36

Einleitung

Infolge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) zog sich die Invalidenversicherung (IV) per 1. Januar 2008 aus der Finanzierung und Regelung der Sonderschulung (Heilpädagogische Früherziehung, Logopädie, Psychomotorik-Therapie und integrativ oder segregativ durchgeführten Sonderschulunterricht) zurück. Mit Inkrafttreten der NFA wechselte die Verantwortung für das sonderpädagogische Angebot in die Hoheit der Kantone. Jeder Kanton ist verpflichtet, ein kantonales Sonderschulkonzept zu erstellen. Die Kantone sind auch für den vorobligatorischen Bildungsbereich und die Schulung im nachobligatorischen Schulalter bis zum vollendeten 20. Lebensjahr inklusive Pflege und Betreuung sowie pädagogisch-therapeutische Angebote verantwortlich. Sie übernehmen die fachliche, rechtliche und finanzielle Zuständigkeit für die Bildung aller Kinder und Jugendlichen, unabhängig von deren Bildungsvoraussetzungen. Eine Orientierung an den Bildungsbedürfnissen der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung anstelle einer Diagnostik von Defiziten dient als Grundlage, um Chancen- und Rechtsgleichheit für behinderte Kinder und Jugendliche gewährleisten zu können.

Mit dem Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik verpflichtet sich Appenzell Ausserrhoden zur Verwendung einer einheitlichen Terminologie. Wenn die aktuell verwendeten Begriffe davon abweichen, wird im vorliegenden Text darauf hingewiesen. Vertiefende Möglichkeiten bietet das Glossar (vgl. Anhang 2. Glossar).

Die Sonderpädagogik definiert sich gemäss Konkordat Sonderpädagogik sowohl als wissenschaftliche Disziplin als auch als Praxis, die mit anderen Disziplinen, Professionen sowie Betroffenen und ihren Bezugspersonen zusammenarbeitet. Sie ist bestrebt, den Menschen mit besonderem Bildungsbedarf mit adäquat ausgebildetem Fachpersonal eine bedürfnisgerechte und individuumorientierte Bildung und Erziehung sicherzustellen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit richtet sich am Kindeswohl und der dazu aktuell vorliegenden Rechtssprechung aus. Ziele der Bildung und Erziehung sind eine optimale Persönlichkeitsentwicklung, Autonomie sowie soziale Integration und Partizipation. Diese Darlegung erlaubt es, die sonderpädagogischen Angebote in dem Umfang, den die Kantone infolge NFA zu verantworten haben, über ein Sonderschulkonzept hinaus in einem sonderpädagogischen Konzept zusammenzufassen.

Das Wichtigste in Kürze

Was versteht man unter dem sonderpädagogischen Angebot?

Unter sonderpädagogischem Angebot versteht man:

- sonderpädagogische Massnahmen
Sonderpädagogische Schulung / Förderung / Unterstützung (Heilpädagogische Früherziehung, Schulische Heilpädagogik) einschliesslich pädagogisch-therapeutische Massnahmen (Logopädie, Psychomotorik-Therapie),
- Beratung und Unterstützung
behinderten- und fallspezifische Beratung und Unterstützung sowie persönliche Assistenz
- Betreuung
Sozialpädagogik, Pflege, Tages- und Internatsstruktur.

Das sonderpädagogische Angebot umfasst Massnahmen im vorobligatorischen Bereich (Frühbereich), im schulobligatorischen Bereich (Schulbereich) und im nachobligatorischen Bereich (Nachschulbereich / fortgesetzte Sonderschulung, Übergang Schule - Beruf).

Für welche Kinder und Jugendlichen steht das sonderpädagogische Angebot zur Verfügung?

Anspruchsberechtigt sind Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf und/oder einer Behinderung. Behinderung ist im Bereich der Verstärkten Massnahmen relevant, wenn sich daraus ein besonderer Bildungsbedarf ableitet. Dieser liegt vor

- bei Kindern, bei denen festgestellt wird, dass ihre Entwicklung eingeschränkt oder gefährdet ist oder dass sie dem Unterricht in der Regelschule ohne spezifische Unterstützung aller Wahrscheinlichkeit nach nicht werden folgen können;
- bei Kindern und Jugendlichen, die dem Lehrplan der Regelschule ohne zusätzliche Unterstützung nachweislich nicht, nicht mehr oder nur teilweise folgen können;
- in weiteren Situationen, in denen die zuständige Schulbehörde bei Kindern und Jugendlichen nachweisbar grosse Schwierigkeiten in der Sozialkompetenz sowie im Lern- oder Leistungsvermögen feststellt.

Bei der Evaluation zur Feststellung eines besonderen Bildungsbedarfs werden der Lebenskontext des Kindes resp. Jugendlichen und das schulische Umfeld mitberücksichtigt.

Der Begriff der Behinderung ist festgelegt als Schädigung von (physiologischen oder psychischen) Körperfunktionen und/oder Beeinträchtigungen einer Aktivität und/oder Beeinträchtigung der Partizipation als Ergebnis der mangelhaften Interaktion zwischen Gesundheitsmerkmalen und Kontextfaktoren (personenbezogene Faktoren und Umweltfaktoren).

Was umfasst das Grund- und Förderangebot, was bedeuten Verstärkten Massnahmen?

- Das **Grundangebot** umfasst die regulären Angebote, die jedem Kind und Jugendlichen zustehen. Dabei handelt es sich um kollektive Ressourcen, die im schulobligatorischen Bereich auf gesetzlicher Grundlage festgelegt sind.
- Das **Förderangebot** geht über das Grundangebot hinaus. Zum Förderangebot im schulobligatorischen Bereich gehören individuelle Ressourcen aus dem kollektiven Pool in Schulischer Heilpädagogik sowie pädagogisch-therapeutische Massnahmen, individuelle Ressourcen aus dem kollektiven Pool für persönliche Assistenz sowie für Sozialpädagogik und Pflege. Individuelle Ressourcen aus dem kollektiven Pool werden einem Kind oder Jugendlichen zugesprochen, wenn die kollektiv eingesetzten Mittel und Massnahmen aufgrund von besonderem Bildungsbedarf nicht ausreichen, aber noch keine Verstärkten Massnahmen notwendig sind.
- **Verstärkte Massnahmen** stehen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung, die aufgrund von Folgen aus Behinderungen wie Sinnes-, Körper-, geistiger Behinderung oder

Mehrfachbehinderung besonderer Unterstützung bedürfen, und wenn sich besonderer Bildungsbedarf als Folge der Entwicklung in den Bereichen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung zeigt, der so umfassend ist, dass die Bildungsbedürfnisse im familiären Umfeld oder in einer Regelklasse nicht ohne spezifische Unterstützung erfüllt werden können.

Verstärkte Massnahmen zeichnen sich durch einzelne oder alle der folgenden Merkmale aus: lange Dauer, hohe Intensität, hoher Spezialisierungsgrad der Fachpersonen sowie einschneidende Konsequenzen auf den Alltag, das soziale Umfeld oder den Lebenslauf des Kindes oder des Jugendlichen.

Der Begriff „Verstärkte Massnahmen“ geht über den Inhalt des Begriffs „Sonderschulung“ hinaus, der in der Bundesgesetzgebung und in der IVSE (Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen) Verwendung findet.

Wie sieht der Ablauf zur Abklärung der Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen aus?

Für einen Antrag auf Verstärkte Massnahmen ist das Standardisierte Abklärungsverfahren (SAV) zur Ermittlung des individuellen Bedarfs und seiner Ausprägung im Hinblick auf die Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen zwingend nötig. Das Verfahren ist ein standardisiertes Analysesystem auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen der WHO (World Health Organisation). Es stellt Entwicklungs- und Bildungsziele ins Zentrum und kommt insbesondere dann zur Anwendung, wenn das sonderpädagogische Förderangebot nicht mehr genügt. Auf Grundlage der Ergebnisse des Verfahrens kann der kantonalen Behörde ein argumentierter und quantifizierter Vorschlag für eine Anordnung Verstärkter Massnahmen unterbreitet werden. Die Verantwortung für die Durchführung und die Ergebnisse des SAV trägt der Schulpsychologische Dienst Appenzell Ausserrhodens. Die Prüfung des Antrags, allfällige Zuweisung und Kostengutsprache erfolgen durch die Abteilung Volksschule, vertreten durch die Fachstelle Sonderpädagogik (Leitung des Ablaufs zur Abklärung der Anspruchsberechtigung und Entscheidungsverantwortung).

Wo wird das „sonderpädagogische Angebot“ umgesetzt?

Das sonderpädagogische Angebot ist nicht ortsgebunden und kann im schulischen und erzieherischen Umfeld sowie in Zentren und spezialisierten Durchführungsstellen angeboten werden.

Sonderpädagogische Massnahmen finden in der Regel im Umfeld des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen statt. Für Verstärkte Massnahmen wird ein Hauptförderort festgelegt, dem sich der Ort der Durchführung weiterer Angebote unterordnet. Integrative Lösungen sind dabei die Regel.

Wie wird das sonderpädagogische Angebot finanziert?

Im vorobligatorischen Bereich finanziert das Departement Bildung und Kultur das verstärkte sonderpädagogische Angebot vollumfänglich. Eltern und Gemeinden leisten keinen finanziellen Beitrag.

Pädagogisch-Therapeutische Massnahmen im Rahmen der Förderangebote sowie Massnahmen der behindertenspezifischen Beratung und Unterstützung im schul- und nachobligatorischen Bereich werden aktuell ohne Kostenbeteiligung durch Dritte durch das Departement Bildung und Kultur finanziert. An den Kosten der Massnahmen zur Sonderschulung beteiligen sich die Gemeinden momentan pauschal im Umfang von 50 Prozent. Im Rahmen von Leistungsvereinbarungen werden mit den Sonderschulen in Appenzell Ausserrhodens Jahrespauschalen für die vereinbarten Leistungen festgelegt. Die Abrechnung mit den Zuweisungsstellen erfolgt quartalsweise nach Belegungsmonat. Die Erziehungsberechtigten leisten in stationären oder teilstationären Einrichtungen einen Beitrag (Pauschale). Das Departement Bildung und Kultur legt die Höhe fest. Im Übrigen haben die Erziehungsberechtigten keine Beiträge zu übernehmen, ausser sie wünschen Abklärungen, Massnahmen oder Dienstleistungen, welche über das vom Departement Bildung und Kultur festgelegte Angebot hinausgehen.

Abkürzungen

APD	Audiopädagogischer Dienst der Sprachheilschule (SHS)
B & U	Beratung und Unterstützung
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
HFE	Heilpädagogische Früherziehung
ICF	Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit
ISF	Integrative Schulform
IVM	Integrative Verstärkte Massnahmen
IVSE	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen
LOG	Logopädie
SAV	Standardisiertes Abklärungsverfahren (SAV). Instrument des Sonderpädagogik-Konkordats als Entscheidungsgrundlage für die Anordnung verstärkter individueller Massnahmen
SHP	Schulische Heilpädagogik (Schulische Heilpädagogin, Schulischer Heilpädagoge)
SHS	Sprachheilschule
SPD	Schulpsychologischer Dienst
SSG	Schulisches Standortgespräch
PMT	Psychomotorik-Therapie
PTD	Pädagogisch-Therapeutischer Dienst
VM	Verstärkte Massnahmen
WHO	World Health Organisation
ZEPT	Zentrum für Schulpsychologie und Therapeutische Dienste

1. Ausgangslage und Grundlagen

Mit dem Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik verpflichten sich die Kantone zur Förderung der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Die sonderpädagogischen Angebote und die Volksschule folgen diesem Grundsatz: **Die Vorbereitung auf Integration und die Unterstützung von Integration beziehungsweise die integrative Schulung sind die Regel.** Ausnahmen beziehungsweise separative Massnahmen sind zu begründen und werden erst nach Genehmigung durch die zuständige Fachstelle im Kanton wirksam.

Das Konzept orientiert sich an bundesgesetzlichen, interkantonalen und kantonalen Vorgaben (s. Kapitel 1.3). Die Bundesgesetzgebung, das Schulgesetz und der Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik bilden eine Grundlage, die keine gesetzlichen Anpassungen für die Umsetzung dieses Konzepts erfordert.

Die Kantone übernehmen seit Inkrafttreten des Bundesbeschlusses zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) 2008 die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung an die Sonderschulung, einschliesslich der Heilpädagogischen Früherziehung, bis sie über kantonal genehmigte Sonderschulkonzepte verfügen.

Mit dem Konzept Sonderpädagogik wird die in Art. 197 Ziff. 2 der Bundesverfassung definierte Übergangszeit nach dem Rückzug der IV abgeschlossen.

Das vorliegende Konzept Sonderpädagogik erläutert die Vorgaben für den gesamten sonderpädagogischen Bereich und für die Volksschule Appenzell Ausserrhoden im Kontext Sonderpädagogik und Integration in organisatorischer und fachlicher Hinsicht.

Die für Jahrzehnte weitgehend getrennten Systeme von Regelschule und Sonderschule wurden wieder zu einem durchlässigen schulischen Gesamtsystem (gesamte Volksschule) zusammengefügt. Zudem wurde das Versicherungsprimat in ein Primat der Sonderpädagogik übergeleitet. Eine Orientierung an den Bildungsbedürfnissen der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung anstelle einer Diagnostik von Defiziten dient dabei als Grundlage, um Chancen- und Rechtsgleichheit für behinderte Kinder und Jugendliche gewährleisten zu können.

Um ein Mindestmass an **interkantonomer Koordination** nach Rückzug der IV aus der Steuerung und Finanzierung der Sonderschulung zu gewährleisten, gab die Schweizerische **Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK)** die Erarbeitung eines Rahmenkonzepts zur bedarfsgerechten Förderung in Auftrag. Dessen Kernsätze sind von der EDK als Empfehlungen zur regionalen Koordination der sonderpädagogischen Förderung verabschiedet worden. Appenzell Ausserrhoden orientiert sich an diesen Empfehlungen.

1.1 Allgemeines zum Konzept

Das sonderpädagogische Angebot umfasst Sonderpädagogische Massnahmen im Frühbereich sowie in der Regel- oder Sonderschule, behinderten- und fallspezifische Beratung und Unterstützung sowie Betreuung im Unterricht, in Tagesstrukturen oder stationäre Unterbringung in einer sonderpädagogischen Institution.

Das Konzept Sonderpädagogik definiert für Appenzell Ausserrhoden auf fachlicher, rechtlicher und finanzieller Ebene die Grundlagen und die übergeordneten Leitgedanken bei der Förderung und Schulung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf, insbesondere im Fall einer Behinderung. Die Standards für Verstärkte Massnahmen in Appenzell Ausserrhoden werden in Leistungsbeschreibungen zwischen dem Departement Bildung und Kultur und den Durchführungsstellen festgelegt. Im Interesse der Durchlässigkeit des sonderpädagogischen Angebots umfasst das vorliegende Konzept sowohl den Regel- als auch den Sonderschulbereich der Volksschule („schulobligatorischer Bereich“), den Vorschulbereich (Frühbereich; „vorobligatorischer Bereich“) und den Nachschulbereich (Fortgesetzte Sonderschulung, Übergang zwischen Schule und Beruf; „nachobligatorischer Bereich“).

Tabelle 1: Das sonderpädagogische Angebot

Sonderpädagogische Massnahmen im Bildungskontext	Heilpädagogische Früherziehung
	Schulische Heilpädagogik
	Pädagogisch-therapeutische Massnahmen
	<ul style="list-style-type: none"> • Logopädie • Psychomotorik-Therapie
Beratung und Unterstützung im Bildungskontext	Beratung und Unterstützung
	Persönliche Assistenz
Betreuung im Bildungskontext	Sozialpädagogik
	Pflege
	Tagesstruktur
	Internatsstruktur

Im vorliegenden Konzept werden die konkreten Einfluss- und Regelungsbereiche des Departements Bildung und Kultur betrachtet. Entsprechend werden beispielsweise medizinische Massnahmen wie Angebote der Ergotherapie nicht im Rahmen dieses Konzepts geregelt.

Als zusätzliche Handreichungen werden für alle an der Schulung und Förderung Beteiligten auf der Homepage der Volksschule (www.schule.ar.ch, Sonderpädagogik) Merkblätter zu den anzuwendenden Abläufen, Zusammenarbeitsformen, Verfahren und Verantwortlichkeiten aufgeschaltet. Diese Umsetzungshilfen werden laufend ergänzt.

Ebenfalls im Konkordat Sonderpädagogik verankert ist die Anwendung des Standardisierten Abklärungsverfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs (SAV) bei der Prüfung der Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen. Als Konkordatskanton (siehe Kapitel 1.3) verpflichtet sich Appenzell Ausserrhoden zur Anwendung des SAV, das durch eine von den zuständigen Behörden betraute Abklärungsstelle durchgeführt wird, die nicht identisch mit den Leistungsanbietern ist. Aktuell ist diese Abklärungsstelle in Appenzell Ausserrhoden für sämtliche SAV der Schulpsychologische Dienst (SPD).

1.2 Rechtsgrundlagen

Das Konzept Sonderpädagogik stützt sich auf die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) vom 4. November 1950, auf die Salamanca-Erklärung vom 10. Juni 1994 und auf das Übereinkommen der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK) vom 13. Dezember 2006 (siehe Anhang).

Die gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene sind in der **Bundesverfassung** festgelegt. Im Bereich Bildung, Forschung und Kultur wird die gemeinsame Sorge von Bund und Kantonen für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz festgehalten (Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999¹, Art. 61a Bildungsraum Schweiz).

Ferner wird in der Bundesverfassung ausgeführt, dass die Kantone für eine ausreichende Sonderschulung aller behinderten Kinder und Jugendlichen bis längstens zum vollendeten 20. Altersjahr zu sorgen haben (Volksabstimmung vom 28. Nov. 2004, in Kraft seit 1. Jan. 2008). In Artikel 197 Ziff. 2, Übergangsbestimmung zu Art. 62 ist geregelt, dass die Kantone die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung an der Sonderschulung übernehmen. Ergänzt werden diese Grundlagen durch das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2003 (siehe Anhang).

Seit Inkrafttreten der NFA ergeben sich neue Rechtsfragen. **Verschiedene Bundesgerichtsentscheide (BGE)** führen zu folgenden Erkenntnissen:

¹ Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern. Art. 8 der Bundesverfassung regelt die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz unabhängig von deren Herkunft, Rasse, Geschlecht, Alter, Sprache, sozialer Stellung, Lebensform, religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung. SR-Nummer 101.

- Die öffentliche Hand (Kantone und Gemeinden) muss unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit einen ausreichenden, nicht aber den individuell optimalen bzw. geeignetsten Bildungsanspruch gewährleisten (BGE 130 | 340; BGE 138 | 162; Urteil des Bundesgerichts 2C_930/2011 vom 1.5.2012).
- Aufgrund des Grundschulobligatoriums besteht ein gewichtiges, öffentliches Interesse an einem geordneten Schulbetrieb und der regelmässigen Schulpflicht. Dieses öffentliche Interesse überwiegt in aller Regel die privaten Interessen der einzelnen Schülerinnen und Schüler und rechtfertigt gewisse Einschränkungen (BGE 129 | 22).
- Behinderte Kinder bzw. ihre Erziehungsberechtigten haben zwar keinen Rechtsanspruch auf Integration in eine Regelklasse, die Behörde muss jedoch eine Entscheidung gegen eine integrative Lösung qualifiziert begründen, da ein ungerechtfertigter Ausschluss eine Diskriminierung darstellt. Andererseits können behinderte Kinder aus Kostengründen in der Volksschule unterrichtet werden (Urteil des Bundesgerichts 2C_971/2011 vom 13.4.2012).

Da es sich bei den Massnahmen der Sonderschulung um schulische Massnahmen handelt, haben die sorgeberechtigten Eltern nicht nur bezüglich der Massnahmen als solche, sondern auch bezüglich der örtlichen Durchführung kein Wahlrecht. Welcher kantonalen oder ausserkantonalen Institution respektive Klasse ein Kind zugewiesen wird, entscheidet die kantonale Aufsichtsbehörde nach Anhörung der Betroffenen ausschliesslich nach Kriterien der Eignung der Massnahmen.

Angestrebt werden kooperative und konsensorientierte Lösungen. Sind diese nicht möglich, können sonderpädagogische Massnahmen, unter Wahrung des rechtlichen Gehörs, auch gegen den Willen der Erziehungsberechtigten angeordnet werden.

Appenzell Ausserrhoden ist dem Konkordat **Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)** im Jahr 2008 sowie dem Konkordat **Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik** im Jahr 2010 beigetreten (siehe Anhang).

Als **gesetzliche Grundlage auf kantonaler Ebene** ist das jeweils rechtlich bindende Schulgesetz, aktuell das Schulgesetz vom 24. September 2000 (Stand 1. Januar 2016) massgebend. Es korrespondiert mit den internationalen, bundesgesetzlichen und interkantonalen Vorgaben. Es wird eine integrative, möglichst wohnortnahe, angemessene Schulung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gefördert. Die Gemeinden verzichten in der Ausgestaltung der Förderangebote auf separate Massnahmen. Dieser Verzicht ist Ausdruck einer Grundhaltung, welche den internationalen und nationalen Entwicklungen entspricht, indem die Verschiedenheit der Lernenden als Normalität betrachtet und die Integrationsfähigkeit der Regelschule unterstützt wird. Für die Förderung Lernender mit besonderen Bildungsbedürfnissen sind die Gemeinden und der Kanton gemeinsam verantwortlich (Art. 10a). Für die nicht-verstärkten Fördermassnahmen im Bereich der sonderpädagogischen Schulung, Förderung und Unterstützung (exklusiv pädagogisch-therapeutische Massnahmen) im Rahmen der Regelschulung sind die Gemeinden zuständig. Der Kanton ist für alle anderen Massnahmen verantwortlich, insbesondere für Lernende, die mit den Förderangeboten der Gemeinden wegen ihrer besonderen Bildungsbedürfnisse nicht ausreichend unterstützt werden können (Art. 10a, 1; Art. 11a). Damit sind insbesondere gemeint:

- a. der Sonderschulunterricht in einer Sonderschule oder integrativ in einer Klasse der Regelschule und die damit verbundenen notwendigen Pädagogisch-Therapeutischen Massnahmen;
- b. die Abgabe von behinderungsbedingten Hilfsmitteln für die Sonderschulung;
- c. der behinderungsbedingte Transport für die Sonderschulung;
- d. die Beratung;
- e. die Heilpädagogische Früherziehung;
- f. die Pädagogisch-Therapeutischen Massnahmen (u. a. Logopädie und Psychomotorik-Therapie);

- g. der Unterricht in alternativen Bildungsangeboten für Lernende mit ausgeprägten und besonderen Begabungen oder Verhaltensweisen;
- h. die Unterstützung der Gemeinden in schulischen Krisensituationen.

Der Kanton führt gemäss rechtlicher Grundlagen den Pädagogisch-Therapeutischen Dienst sowie den Schulpsychologischen Dienst (Art. 11b). Die vom Kanton anerkannten Institutionen und Massnahmen müssen nicht zwingend von ihm angeboten, sondern können delegiert werden. Voraussetzung hierfür sind in der Regel Leistungsvereinbarungen, die Leistungen, Qualitätssicherung, finanzielle Abgeltung und Aufsicht regeln (vgl. Art. 11b; 11a, 2; 12a).

Kooperationsverträge und Leistungsvereinbarungen zwischen dem Departement Bildung und Kultur und den einzelnen Durchführungsstellen in Appenzell Ausserrhoden, die Verstärkte Massnahmen anbieten, halten Art, Umfang, Ziel und Qualität der vereinbarten Leistungen im Bereich der Förderung, Betreuung und Schulung von Kindern und Jugendlichen fest und regeln die finanzielle Abgeltung, das Controlling und die Qualitätssicherung. Darüber hinaus sind die Bildungsanbieter dem jeweils gültigen Qualitätskonzept für die Volksschule Appenzell Ausserrhodens sowie den Qualitätsansprüchen für das sonderpädagogische Angebot von Appenzell Ausserrhoden verpflichtet.

1.3 Leitgedanken

Alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Art und Grad einer Behinderung, sollen in ihrer intellektuellen, sozialen und persönlichen Entwicklung gefördert und zu einem möglichst eigenständigen Leben befähigt werden.

Das sonderpädagogische Konzept orientiert sich an den nachstehend beschriebenen Leitsätzen und Denkmodellen, die als inhaltliche Grundsätze für die künftige Ausgestaltung des sonderpädagogischen Angebots für Kinder und Jugendliche in Appenzell Ausserrhoden zu verstehen sind.

Es besteht ein Recht auf angemessene Bildung für alle Kinder und Jugendlichen.

Die Bundesverfassung und das Behindertengleichstellungsgesetz garantieren allen Kindern und Jugendlichen das Recht auf angemessene Bildung und Gleichstellung mit dem Ziel einer möglichst umfassenden Integration in die Gesellschaft. Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf haben Anspruch auf Unterstützung durch das sonderpädagogische Angebot.

Die Erziehungsberechtigten werden als gleichwertige Partner wahr- und ernstgenommen.

Die Erziehungsberechtigten werden von Anfang an und regelmässig durch die Schule und Fachpersonen des sonderpädagogischen Angebots sowie der kantonalen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Fragen der Förderung und Unterstützung ihres Kindes beteiligt. Sie stehen einander in einem aktiven Dialog gleichberechtigt gegenüber und verfolgen gemeinsam vereinbarte Ziele.

Besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung verdienen der Aufbau von Bildungspartnerschaften zu Erziehungsberechtigten mit Migrationshintergrund sowie die Zusammenarbeit im Übergang von der Schule in die erstmalige berufliche Eingliederung.

Integrative Förderung ist die Regel, die Tragfähigkeit des Regelsystems wird gestärkt, Solidarität bildet die Basis.

Integration ist am wirksamsten, wenn sie präventiv Separation verhindert. Alle Regelschulen in Appenzell Ausserrhoden verfügen über einen Pensenpool für das integrativ ausgerichtete Angebot im niederschweligen Bereich und erhalten bei ausgewiesenem Bedarf zusätzliche Ressourcen für Verstärkte Massnahmen. Jede Schülerin und jeder Schüler hat und behält ihren bzw. seinen Platz in der Stammklasse der Wohngemeinde. Die Massnahmen und Angebote für Lernende mit besonderem Förderbedarf und mit besonderen Bildungsbedürfnissen sind auf die soziale, schulische, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe ausgerichtet. Ziel aller sonderpädagogischen Massnahmen ist nebst der Unterstützung der Schülerinnen und Schüler die Stärkung der Integration und der Tragfähigkeit der Schule. Heterogenität ist eine Stärke. Die Schule nutzt die Kompetenzen der einzelnen Kinder und

Jugendlichen und reagiert mit spezifischem Know-How, adäquaten Methoden und differenzierten (integrativ-) didaktischen Ansätzen auf ihren individuellen Förderbedarf.

Um dem Primat der integrativen Förderung vorrangig nachzukommen, wird der Aufbau von Entlastungsgefässen vermieden und die Qualität der sonderpädagogischen Förderung weiterentwickelt.

Sonderpädagogische Massnahmen sind nicht ortsgebunden und werden in der Regel an der dem Wohnort nächstgelegenen Regelschule durchgeführt. Sonderpädagogische Massnahmen im vorobligatorischen Bereich bereiten das Kind auf die integrative schulische Förderung vor.

Zentral vor dem Leitmotiv der Normalisierung ist die Umkehrung der Argumentation: Die separative Ausgestaltung sonderpädagogischer Massnahmen ist insbesondere im Bereich Schule zu begründen. Die zuständigen Dienste müssen aufzeigen, weshalb nicht ein integratives Setting beantragt wird bzw. ein Integrationshindernis nicht beseitigt werden kann. Normalisierung verlangt die Abkehr vom Defizitkonzept der Behinderung. Der seit einigen Jahrzehnten vorherrschende Leitgedanke des Schutzes und der Schaffung von institutionalisierten Schonräumen muss durch Konzepte der Förderung der Selbstbestimmung (Empowerment) und der Integration ergänzt bzw. soweit möglich abgelöst werden.

Schutz und Schonraum bleiben wichtige Bestandteile sonderpädagogischer Kompetenz unter Berücksichtigung individueller Entwicklung, Fähigkeiten und Belastungen in verschiedenen Lebenskontexten. Aus heutiger Perspektive, mit einer Haltung aus dem Verständnis von Aktivität und Partizipation nach ICF, sind Schutz und Schonraum als sonderpädagogisch wirksame Massnahmen in integrativen Formen sinnvoll und notwendig. Jedoch sollten sie nicht zum Nachteil individueller Entwicklungs- und Integrationsfortschritte im Sinne von Partizipation nach ICF werden.

Solidarität zielt auf allen Ebenen auf das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Verantwortung. Sie führt zu ausgewogenen Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne Benachteiligungen oder Behinderungen. Auch die Solidarität in Finanzierungsfragen ist unerlässlich, um inklusions- und integrationsfördernde Strukturen und Strategien sichern und weiterentwickeln zu können.

Das sonderpädagogische Angebot steht subsidiär und temporär zur Verfügung.

Die Nutzung des sonderpädagogischen Angebots bedingt regelmässige Evaluation und Prüfung der Anspruchsberechtigung. Diese erfolgen ICF-basiert entlang des Förderzyklus von Appenzell Ausserrhoden. Es gilt, dass jedes sonderpädagogische Angebot korrespondierend zur Entwicklung des Kindes respektive Jugendlichen ausschliesslich temporär befristet und subsidiär zur Verfügung steht und festgelegt wird.

Das sonderpädagogische Angebot ist Teil des öffentlichen Bildungsauftrags.

Sonderpädagogische Massnahmen gehören zum Bildungsauftrag der öffentlichen Hand: Das sonderpädagogische Angebot und die Regelschule sind Teile des umfassenden Bildungsauftrages des Kantons und der Volksschule im Sinne von Förderung und einer Schule für alle. Die Bedarfsabklärung für Massnahmen aus dem sonderpädagogischen Angebot erfolgt mit einem einheitlichen, verlässlichen, objektiven und validen System nach ICF.

Im Rahmen des öffentlichen Bildungsauftrags werden die Integration und die Tragfähigkeit der gesamten Schule (Regelschule, Sonderschule) gestärkt. Die Schule trägt die Verantwortung für den zielgerichteten Einsatz der Ressourcen. Gemeinde und Kanton sind im Grundsatz für alle Lernenden, unabhängig von ihrem Bildungsbedarf, bezüglich Schulung und Finanzierung zuständig.

Der Kanton gestaltet und steuert das sonderpädagogische Angebot in hoher Qualität.

Der Kanton sichert und entwickelt die Qualität des sonderpädagogischen Angebots durch Leistungsvorgaben. Dabei definiert sich Qualität, von der Bedarfsabklärung über die Leistungserbringung bis zur Evaluation, grundsätzlich entlang der Interessen der Kinder und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf beziehungsweise Behinderung sowie nationalen und internationalen Standards. Es ist sichergestellt, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu Durchführungsstellen der sonderpädagogischen Angebote in vergleichbarer Qualität haben.

Die Unterstützungsangebote sind aufeinander abgestimmt und stellen zusammen den gesamten Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung sicher. Vorrangig findet Schulische Heilpädagogik umfassende Anwendung und flexiblen Einsatz. Bei zusätzlich vorhandenen Bedürfnissen und Notwendigkeiten wird spezialisierte sonderpädagogische Fachlichkeit hinzugezogen. Insbesondere im Bereich emotional-soziale Entwicklung wird die fachliche Kompetenz aller Lehrpersonen durch Weiterbildung fortlaufend gestärkt. Das sonderpädagogische Know-how und die Qualität des sonderpädagogischen Angebots müssen erhalten, gesichert und weiterentwickelt und für die Integration von Kindern und Jugendlichen genutzt werden.

1.4 Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit (ICF)

Eine Person gilt nach ICF als funktional gesund, wenn

1. ihre körperlichen Funktionen einschliesslich des geistigen und seelischen Bereichs und ihre Körperstrukturen allgemein anerkannten statistischen Normen entsprechen (Konzepte der Körperfunktionen und –strukturen),
2. sie all das tut oder tun kann, was von einem Menschen ohne Gesundheitsproblem (Gesundheitsproblem im Sinn der ICD) erwartet wird (Konzept der Aktivitäten),
3. sie zu allen Lebensbereichen, die ihr wichtig sind, Zugang hat und sie sich in diesen Lebensbereichen in der Weise und dem Umfang entfalten kann, wie es von einem Menschen ohne Beeinträchtigung der Körperfunktionen oder -strukturen oder der Aktivitäten erwartet wird (Konzept der Teilhabe an Lebensbereichen).

Dabei gilt zu beachten, dass der gesamte Lebenshintergrund (Konzept der Kontextfaktoren) zu berücksichtigen ist.

Behinderung ist jede Beeinträchtigung der funktionalen Gesundheit einer Person. Damit ist Behinderung, dem bio-psycho-sozialen Modell folgend, Ergebnis einer dynamischen Interaktion zwischen dem medizinisch diagnostizierten Gesundheitsproblem und den so genannten Kontextfaktoren, welche die behindernden Auswirkungen des Gesundheitsproblems beeinflussen.

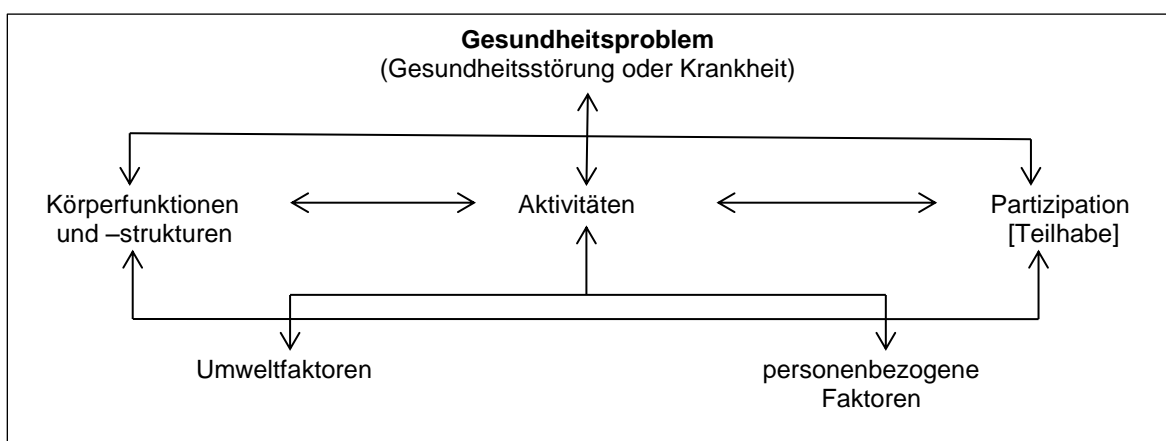


Abbildung 1: Wechselwirkungen zwischen den Komponenten der ICF

Ein besonderer Bildungsbedarf liegt vor, wenn festgestellt wird, dass die Entwicklung eingeschränkt oder gefährdet ist oder dem Unterricht in der Regelschule ohne spezifische Unterstützung nicht gefolgt werden kann. Zudem beschäftigt sich die Sonderpädagogik mit Kindern und Jugendlichen, welche nachweislich grosse Schwierigkeiten in der Sozialkompetenz sowie im Lern- oder Leistungsvermögen aufweisen. Ziel aller sonderpädagogischen Angebote ist es, die Aktivität, die Partizipation und die Anschlussfähigkeit der Kinder und Jugendlichen zu verbessern.

Diese **Kinder und Jugendlichen haben das Recht** auf besondere Förderung und Unterstützung.

Die Verfahren, die sich daraus ergeben, richten sich nach der Haltung, den Strukturen und den Definitionen der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF, siehe Abbildung 1) unter Beachtung folgender Faktoren:

- Wohl und Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder Jugendlichen (Primat der Pädagogik und Ressourcenorientierung),
- Ziele der sonderpädagogischen Förderung und Unterstützung: Autonomie, soziale Integration, Aktivität und Partizipation des Einzelnen,
- Partizipation des professionellen und familiären Umfeldes und Berücksichtigung der Schulorganisation,
- Vermeidung von Diskriminierung, auch positiver Diskriminierung.

2. Sonderpädagogische Angebote

Grundlage für das Verständnis von Behinderung und Bildungsbedarf sind die Definition und die Haltung der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Siehe Kapitel 1.4.

2.1 Sonderpädagogische Angebote im Überblick

Das sonderpädagogische Angebot Appenzell Ausserrhoden steht allen Kindern und Jugendlichen mit Aufenthaltsort in Appenzell Ausserrhoden und ausgewiesener Anspruchsberechtigung zur Verfügung. Es gliedert sich in:

- | | |
|-------------------|---|
| Intensitätsstufen | <ul style="list-style-type: none">▪ Förderangebot
ICF-basierte interne Diagnostik, schulintern: Schulisches Standortgespräch (SSG);
Logopädischer Dienst und Psychomotorik: dienstinterne ICF-basierte Verfahren
Zuweisung und Finanzierung: Leitung der Durchführungsstelle (Schulleitung,
Leitung Pädagogisch-Therapeutischer Dienst (PTD), ZEPT AR)▪ Verstärkte Massnahmen
ICF-basierte externe Diagnostik, Standardisiertes Abklärungsverfahren (SAV)
Zuweisung und Finanzierung: Departement Bildung und Kultur, Amt für Volksschule
und Sport, Abteilung Volksschule, vertreten durch Fachstelle Sonderpädagogik |
|-------------------|---|

und wird in den Altersbereichen

- | | |
|----------------|---|
| Altersbereiche | <ul style="list-style-type: none">▪ vorobligatorischer Bereich
Frühbereich
Altersspanne: Geburt bis Eintritt in den Kindergarten▪ schulobligatorischer Bereich
Regel- und Sonderschulbereich der Volksschule
Altersspanne: Eintritt in den Kindergarten bis Beendigung der Schulpflicht▪ nachobligatorischer Bereich
Fortgesetzte Sonderschulung, Übergang von der Schule in die erstmalige berufliche
Eingliederung
Altersspanne: Beendigung der Schulpflicht bis längstens 20. Altersjahr |
|----------------|---|

in drei Bedarfskategorien angeboten:

- | | |
|-------------------|---|
| Bedarfskategorien | <ul style="list-style-type: none">▪ Sonderpädagogische Massnahmen
Heilpädagogische Früherziehung, Schulische Heilpädagogik, pädagogisch-
therapeutische Massnahmen (Logopädie, Psychomotorik-Therapie)▪ Beratung und Unterstützung
behinderten- und fallspezifische Beratung und Unterstützung, persönliche Assistenz▪ Betreuung
sozialpädagogische Unterstützung, Pflege, Tagesstrukturen, Internatsstrukturen |
|-------------------|---|

Im Bereich Betreuung (BE) ist die Zusammenarbeit zwischen Schulischer Heilpädagogik und Sozialpädagogik sowie mit weiteren Fachpersonen und Gemeinden von immanenter Bedeutung.

Die Fachpersonen aus dem Bereich behinderungs- und fallspezifische Beratung und Unterstützung führen die von ihnen verantworteten Massnahmen in der Regel am Hauptförderort und/oder in der Familie durch, um einerseits das Kind bzw. den Jugendlichen in der normalen Lern- und Wohnumgebung und andererseits das pädagogische Kernteam resp. das familiäre Umfeld vor Ort unterstützen zu können.

Die rote waagrechte Linie bezeichnet in Tabelle 2 zum sonderpädagogischen Modell den Übergang von der kollektiven zur individuellen Ressourcenzuteilung respektive von nicht-verstärkten zur Verfügung

stehenden Angeboten zu verstärkten Massnahmen.

Das Standardisierte Abklärungsverfahren ist bei der Option der Prüfung des Bedarfs an Verstärkten Massnahmen zwingend durchzuführen. Zusätzlich wird das Abklärungsverfahren vom SPD auch bei anderen komplexen Fragestellungen in der Regelschule eingesetzt. :

Tabelle 2: Das Sonderpädagogische Modell Appenzell Ausserrhoden

		Ressourcenzuteilung kollektiv und individuell aus dem kollektiven Pool			
		vorobligatorischer Bereich	obligatorischer Schulbereich	nachobligatorischer Bereich	
Förderangebot			Betreuung BE		Diagnostik intern
			Beratung & Unterstützung B & U		
			Schulische Heilpädagogik SHP		
			Psychomotorik PMT		
	Logopädie LOG		Logopädie LOG		
	Standardisiertes Abklärungsverfahren				
Verstärkte Massnahmen	Heilpäd. Früherziehung HFE				Diagnostik extern
			Logopädie LOG	Logopädie LOG	
			Schulische Heilpädagogik SHP	Schulische Heilpädagogik SHP	
			Beratung & Unterstützung B & U	Beratung & Unterstützung B & U	
			Betreuung BE	Betreuung BE	
	vorobligatorischer Bereich		obligatorischer Schulbereich	nachobligatorischer Bereich	
		Ressourcenzuteilung individuell			

Das Verfahren beinhaltet Fragen nach den Entwicklungs- und Bildungszielen eines Kindes respektive Jugendlichen. Die Informationen müssen durch Austausch und gemeinsame Vereinbarung erarbeitet werden. Die Vorstellungen der Erziehungsberechtigten und des betroffenen Kindes beziehungsweise Jugendlichen sind verbindlich einzubeziehen. Gemäss standardisiertem Abklärungsverfahren zur Ermittlung des individuellen Bedarfs (SAV) können bei der Einschätzung des Bedarfs an Massnahmen je Bedarfskategorie das Angebot des Grund-/ Förderangebots ausreichend oder die Zuweisung zu Verstärkten Massnahmen nötig sein. So können für eine Schülerin oder einen Schüler Verstärkte Massnahmen in einem Bereich erforderlich sein, um die individuellen Bildungsziele erreichen zu können, während in einem anderen Bereich das Grund-/ Förderangebot ausreichend ist. Darüber hinaus muss entschieden werden, an welchem Ort die jeweiligen Massnahmen durchgeführt werden sollen.

Der SPD beantragt der Fachstelle Sonderpädagogik die Zuweisung zu und Kostengutsprache für Verstärkte Massnahmen.

- Der Antrag enthält Vorschläge zu Hauptförderort (z. B. Regelschule, Tagessonderschule),
- als notwendig erachtete Massnahmen am Hauptförderort (z. B. Logopädie),
- als notwendig erachtete Massnahmen ausserhalb des Hauptförderorts (z. B. Physiotherapie)
- Massnahmen im Umfeld des Kindes bzw. des Jugendlichen (z. B. Frühberatung oder Erziehungsberatung für die Erziehungsberechtigten, behindertenspezifische Beratung für die Klassenlehrperson und die Fachperson für Schulische Heilpädagogik)

Die einzelnen Elemente des sonderpädagogischen Modells Appenzell Ausserrhoden werden in den zusätzlichen Handreichungen und Merkblättern ausführlich beschrieben.

2.2 Aktuelle Durchführungsstellen

Die Durchführungsstellen sind:

- kantonalisierte Dienste im Zentrum für Schulpsychologie und Therapeutische Dienste (ZEPT),
- die Regelschulen in den Gemeinden des Kantons Appenzell Ausserrhoden,
- Partner im Kanton Appenzell Ausserrhoden, mit welchen das Departement Bildung und Kultur eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen hat,
- ausserkantonale Schulen und Dienste mit Leistungsvereinbarungen im Standortkanton




Die interkantonale Zusammenarbeit mit spezialisierten kantonalen und regionalen Diensten und Institutionen ist etabliert.

Folgende Durchführungsstellen sind vom Departement Bildung und Kultur Appenzell Ausserrhoden anerkannt:

Tabelle 3: Durchführungsstellen

Sonderpädagogische Angebote			
Sonderpädagogische Massnahmen		Förderangebot	Verstärkte Massnahme
v	Heilpädagogische Früherziehung (HFE)		
	Allgemeine Heilpädagogische Früherziehung		PTD ZEPT AR
	Spezialisierte Heilpädagogische Früherziehung		Low Vision obvita APD SHS SG
v,o,n			
Pädagogisch-Therapeutische Massnahmen (PTM)			
	Logopädie		
	Allgemeine Logopädie	PTD ZEPT AR	PTD ZEPT AR Institutionen in AR ^(*) Institutionen ausserkant. ^(*)
	Spezialisierte Logopädie [nur nach Abklärung und Zuweisung durch PTD ZEPT AR]	KISPI SG Stiftung wahrnehmung.ch	
Psychomotorik-Therapie			
		PTD ZEPT AR	
o,n			
Schulische Heilpädagogik (SHP)			
		Schulen der Gemeinden	Schulen der Gemeinden Institutionen in AR ^(*) Institutionen ausserkant. ^(*)
Behindertenspezifische Beratung und Unterstützung (B&U)		Förderangebot	Verstärkte Massnahme
v,o,n	bei Sehbehinderung		obvita
	bei Hörbehinderung		APD SHS SG
	bei Körperbehinderung		HBK CP-Schule SG
	Persönliche Assistenz für alltägliche Verrichtungen [Subsidiaritätsprinzip]	Schulen der Gemeinde	Schulen der Gemeinde Institutionen in AR ^(*) Institutionen ausserkant. ^(*)
Betreuung (BE)		Förderangebot	Verstärkte Massnahme
o,n	Sozialpädagogische Unterstützung	Schulen der Gemeinden	Schulen der Gemeinden Institutionen in AR ^(*) Institutionen ausserkant. ^(*)
	Pflegerische Unterstützung [Subsidiaritätsprinzip]	Schulen der Gemeinden	Schulen der Gemeinden Institutionen in AR ^(*) Institutionen ausserkant. ^(*)
	Tagesstruktur	Schulen der Gemeinden	Schulen der Gemeinden Institutionen in AR ^(*) Institutionen ausserkant. ^(*)
	Internatsstruktur [ausschliesslich bei gleichzeitiger Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen aus dem Bereich Sonderpädagogik, Schulische Heilpädagogik (SHP)]		Institutionen in AR ^(*) Institutionen ausserkant. ^(*)

Legende:

v	vorobligatorischer Bereich (Altersspanne: Geburt bis Eintritt Kindergarten)
o	obligatorischer Bereich (Altersspanne: Eintritt Kindergarten bis Beendigung Schulpflicht)
n	nachobligatorischer Bereich (Fortgesetzte Sonderschulung, Übergang Schule – Beruf)
APD SHS SG	Audiopädagogischer Dienst der Sprachheilschule St. Gallen
HBK CP-Schule SG	Heilpädagogischer Beratungsdienst der CP-Schule St. Gallen
Institutionen in AR	Institutionen der Sonderschulung mit Standort in Appenzell Ausserrhoden [Heilpädagogische Schule Roth-Haus, Teufen; Schule tipiti, Trogen, Heiden; Schule im Lindenhof, Herisau; Heilpädagogisches Schulinternat Rosenhügel, Urnäsch]
Institutionen ausserkant.	Institutionen der Sonderschulung, Standort in anderen Kantonen
KISPI SG	Ostschweizer Kinderspital St. Gallen
Low Vision	Low Vision Zentrum für sehbehinderte Kinder und Jugendliche
obvita	Organisation des Ostschweizerischen Blindenfürsorgevereins St. Gallen
PTD ZEPT AR	Pädagogisch-Therapeutischer Dienst im Zentrum für Schulpsychologie und Therapeutische Dienste Appenzell Ausserrhoden
Schulen der Gemeinden	öffentliche Schulen, deren Träger die Gemeinden des Kantons AR sind
Stiftung wahrnehmung.ch	Stiftung wahrnehmung.ch St. Gallen, Abklärung und Therapie bei Wahrnehmungsstörungen
	Finanziert durch den Kanton (siehe Kapitel 4)
	Finanziert durch die Gemeinde (dito)
	Finanziert sowohl durch die Gemeinde als auch den Kanton (dito)
(*)	Finanziert durch die Institution gemäss Konzept und Leistungsauftrag der Institution, im Rahmen der festgelegten Pauschale gemäss Eintrag IVSE-Tariffliste

2.3 Integrative Schulung

Der Grundsatz der Integration ist gesetzlich festgelegt und die Verantwortlichkeiten zwischen Kanton und Gemeinden bezüglich der Schulung und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf sind geklärt. Die gemeinsame Schulung möglichst vieler Lernender der Regelklassen wird durch das Modell der Integrativen Schulform (ISF) von der Vorschulstufe (Kindergarten) bis inklusive Sekundarstufe I verfolgt. ISF ist in allen Gemeinden umgesetzt, was der Mehrheit der Lernenden einen wohnortnahen Schulbesuch ermöglicht.

Integrative Schulung kann nur gelingen, wenn das sonderpädagogische Fachwissen in die Volksschule integriert wird. Basis dafür ist **die Haltung**, dass Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen in einer heterogenen Lerngruppe gemeinsam lernen können und sollen. Heterogenität – wie beispielsweise in Folge unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft, Sprache und Geschlechts, unterschiedlicher emotionaler, körperlicher und intellektueller Entwicklung sowie die Vielfalt von Lernvoraussetzungen, Fähigkeiten und Interessen – bestimmt den Alltag in unterschiedlicher Ausprägung in allen Schulformen und Schulklassen. Dies bedingt eine Auseinandersetzung der Lehrpersonen, der Schülerinnen und Schüler sowie der Erziehungsberechtigten mit dem Lehren und Lernen in heterogenen Gruppen. Die Schule vereint in sich die vielfältigen Kompetenzen der gesamten Pädagogik und ist aufgrund der Zusammenarbeit u. a. mit Fachpersonen der Sonderpädagogik in der Lage, auf die unterschiedlichsten Bedürfnisse und Fragestellungen der Kinder und Jugendlichen einzugehen. So ist Heterogenität die Stärke der Schule, denn sie versteht es, die Ressourcen der einzelnen Lernenden zu nutzen und mit adäquaten Methoden und differenzierten Ansätzen auf ihren spezifischen Förderbedarf, auch bei Bedarf an Verstärkten Massnahmen, zu reagieren. Damit gehören auch Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf, insbesondere aufgrund einer Behinderung, dem gleichen Schulsystem an wie alle übrigen Lernenden. Eine Voraussetzung dafür sind geleitete, dezentrale Schuleinheiten. Diese verfügen neben den Mitteln zur Förderung aller Schülerinnen und Schüler auch über Ressourcen für die Förderung von Lernenden mit besonderem Bildungsbedarf. Zentrale Säule der Tragfähigkeit der integrativen Schule ist die in jeder Schuleinheit zur Verfügung stehende Schulische Heilpädagogik.

Integrative Schulung im Rahmen Verstärkter Massnahmen (IVM)

Integrative Schulung im Rahmen Verstärkter Massnahmen (IVM) bezeichnet den Hauptförderort Regelschule. Alle Massnahmen des Grund-/ Förderangebots sowie die Verstärkten Massnahmen, die zusätzlich zum Grund-/Förderangebot zur Verfügung stehen, um einem besonderen Bildungsbedarf innerhalb der Regelschule gerecht zu werden, werden am Hauptförderort Regelschule ausgerichtet.

Auswirkungen der Integrativen Schulung (IVM) auf die Regelschule

Wenn Kinder und Jugendliche mit Verstärkten Massnahmen in Regelklassen geschult werden, wird die Heterogenität – verstanden als Unterschiedlichkeit der Bildungsvoraussetzungen und des Bildungsbedarfs – grösser. Die Verstärkten Massnahmen als zusätzliche Mittel machen es möglich, dem besonderen Bildungsbedarf gerecht zu werden. Für die Schulleitungen und die pädagogischen Teams besteht die Herausforderung darin, die zusätzlichen Mittel bereitzustellen und zielführend einzusetzen. Die didaktische Umsetzung eines individualisierenden Unterrichts sowie die Zusammenarbeit zwischen den pädagogischen Fachpersonen als grundlegende Gelingensbedingung integrativer Schulung lässt alle Schülerinnen und Schüler von IVM-Settings profitieren. Eine entsprechende Kultur der gemeinsamen Verantwortung aufzubauen, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Integration.

Umsetzung der integrativen Schulung (IVM)

Sonderpädagogische Massnahmen sind nicht ortsgebunden, sondern können in der gleichen Qualität wohnorts- und schulnah angeboten werden. Wird als Hauptförderort die Regelschule festgelegt, gilt es, wenn immer möglich die nötigen Massnahmen innerhalb der Regelschule und/oder wohnortsnah anzubieten. Pädagogisch-Therapeutische Massnahmen (Logopädie, Psychomotorik-Therapie) werden im regionalen Zentrum für Schulpsychologie und Therapeutische Dienste (ZEPT AR) und/oder mit Vorteil im Schulhaus angeboten.² Die Fachperson für Schulische Heilpädagogik, Personen der persönlichen Assistenz und zum Teil des Bereichs Betreuung (BE) sind Mitarbeitende der Gemeinde und gewährleisten die entsprechende Förderung und Unterstützung im Klassenverband. Infolge zwingender Durchführung des SAV und Empfehlung zur Schaffung eines Ressourcenpools für individuelle Massnahmen aus dem kollektiven Pool auf Gemeindeebene kann einerseits das Zielklientel für Verstärkte Massnahmen klar definiert werden, andererseits wird der Handlungsspielraum der Schulleitungen für die Verteilung individueller lokal zur Verfügung zu stellender Massnahmen sinnvoll erweitert.

Auswirkungen der integrativen Schulung auf die separativen Angebote

Es ist damit zu rechnen, dass sich die Zielgruppen der heutigen Sonderschulen und Spezialangebote verändern werden. So wird voraussichtlich der Bedarf an Plätzen in Angeboten ausserhalb der Regelschule mittelfristig zurückgehen. In diesem Zusammenhang muss aus planerischen und vertraglichen Gründen³ laufend geprüft werden, wie viele Plätze in Sonderschulen und Spezialangeboten noch notwendig sind. Ein Abbau des Angebots muss mit den Institutionen frühzeitig eingeleitet und geplant werden.

Die Veränderung der Zielgruppe in dem Sinn, dass in den separativen Schulangeboten jene Schülerinnen und Schüler zusammengefasst werden, die im Rahmen der Regelschule nicht ausreichend unterstützt werden können, stellt die heutigen Sonderschulen und Spezialangebote vor neue Herausforderungen und verlangt die Überprüfung bestehender Konzepte und Berufsbilder. Die separativen Angebote werden sich der veränderten Situation anpassen und entsprechende Konzepte und Profile entwickeln müssen.

² Ausnahme: Spezialisierte Logopädie (Ostschweizer Kinderspital, Stiftung wahrnehmung.ch).

³ z. B. Pauschalenberechnung im Rahmen der Leistungsvereinbarungen zwischen den Institutionen und dem DBK.

2.4 Separative Schulung

Separative Schulung im Rahmen Verstärkter Massnahmen

Separative Angebote stehen auf kantonaler, regionaler und überregionaler Ebene zur Verfügung.

Wenn eine Schülerin oder ein Schüler nicht in der Regelklasse geschult werden kann, stehen verschiedene Angebote zur Verfügung. Dies kann eine spezialisierte Schule oder Institution mit fach- und/oder behinderungsspezifischem Wissen sein. Die Schulung erfolgt dann in Sonderschulen und Spezialangeboten oder in stationären Angeboten mit interner Schule, jeweils mit staatlicher oder privater Trägerschaft und Anerkennung des Standortkantons.

Diese Angebote stehen zur Verfügung, wenn sich die Formen der Integrativen Schulung im Rahmen Verstärkter Massnahmen (IVM) als nicht realisierbar erweisen. Wenn es der besondere Bildungsbedarf einer Schülerin oder eines Schülers erfordert, gehören auch Tagesstrukturen, pädagogisch-therapeutische sowie unter Umständen medizinische Massnahmen zum Angebot. Die Betreuungs- und Therapieangebote werden in den jeweiligen Schulkonzepten festgehalten.

Jede Schulung ausserhalb der Regelschule wird spätestens vor einem Stufenwechsel auf die Möglichkeit der Integration bzw. Reintegration geprüft.

Tagessonderschulen

Für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf, die begründetermassen nicht in einer Regelschule geschult werden können, stehen Sonderschulen zur Verfügung. Die Schulung dieser Kinder und Jugendlichen erfordert spezielle Rahmenbedingungen und spezifische Kenntnisse und wird von heilpädagogisch ausgebildetem Fachpersonal und nach Bedarf weiteren Berufskategorien wahrgenommen.

In Appenzell Ausserrhoden stehen eine Tagessonderschule für Lernende mit geistiger Behinderung sowie an drei Standorten Tagessonderschulen für Schülerinnen und Schüler mit Lern- und/oder Verhaltensauffälligkeiten zur Verfügung. Bei Bedarf an Plätzen in Tagessonderschulen mit einem Angebot, das Appenzell Ausserrhoden nicht selbst führt, nutzt der Kanton ausserkantonale Angebote im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE.

Sonderschulen stehen während der Dauer der obligatorischen Schulzeit zur Verfügung. In Ausnahmefällen können Jugendliche bis zur Vollendung des 20. Altersjahres Sonderschulen besuchen.⁴

Sonderschulinternate

Die Schulung in einem Sonderschulinternat kommt in Betracht, wenn eine soziale Indikation die Unterbringung ausserhalb der Familie erfordert und die schulische Förderung in der Regelschule oder einer Tagessonderschule auf Grund der Ergebnisse des standardisierten Abklärungsverfahrens nicht möglich ist. Diese Doppelindikation verlangt klare Regelungen bezüglich Pflichten, Aufgaben und Kompetenzen zwischen den Sozialen Diensten der Gemeinden und dem Departement Bildung und Kultur.

Sonderschulinternate stehen für Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf / Behinderung und sozialer Indikation zur Verfügung. Der Eintritt in ein Sonderschulinternat bedingt den Besuch der heiminternen Sonderschule; andernfalls wäre die Platzierung in einer Pflegefamilie beziehungsweise in einem Kinder- oder Jugendheim mit externem Schulbesuch ausreichend.

In Appenzell Ausserrhoden steht ein Sonderschulinternat für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung zur Verfügung. Bei Bedarf nutzt der Kanton ausserdem ausserkantonale Angebote im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE. Für temporäre, stationäre Aufenthalte von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung, insbesondere zur Entlastung der Familien,

⁴ vgl. Handreichung zu Fortgesetzte Sonderschulung.

stehen spezielle Angebote zur Verfügung.

Sonderschulinternate stehen während der Dauer der obligatorischen Schulzeit zur Verfügung. In Ausnahmefällen können Jugendliche bis zur Vollendung des 20. Altersjahres Sonderschulinternate besuchen.

Alternative Schulung

Unter dem Begriff „Alternative Schulung“ wird die Schulung derjenigen Schülerinnen und Schüler verstanden, welche weder mit Angeboten der Integrativen Schulung im Rahmen Verstärkter Massnahmen (IVM) noch mit denjenigen der Sonderschulen und Sonderschulinternate entsprechend ihrem Bildungsbedarf geschult und gefördert werden können. Es handelt sich um wenige Schülerinnen und Schüler in Ausnahmesituationen, für welche individuelle, auf sie abgestimmte Angebote nötig sind.

3. Verfahren und Abläufe

Der Zugang zum Förderangebot und zu den Verstärkten Massnahmen wird im Kaskadenmodell⁵ dargestellt.

Bei integrativer Schulung (IVM) erstellt die Fachstelle Sonderpädagogik auf Grundlage der Ergebnisse aus dem Standardisierten Abklärungsverfahren (SAV) und/oder dem Schulischen Standortgespräch (SSG) sowie des Antrags der Schulleitung ein individuelles Ressourcenpaket für die Schülerin bzw. den Schüler mit Verstärkten Massnahmen. Während die individuellen Ressourcen im Bereich Schulische Heilpädagogik und teilweise in den Bereichen Beratung und Unterstützung (B & U)⁶ und Betreuung (BE)⁷ durch die Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, werden behinderungsspezifische Dienstleistungen durch Fachpersonen aus kantonalen Angeboten und aus externen Diensten, mit welchen der Kanton Appenzell Ausserrhoden oder der Standortkanton eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen hat, durch das Departement Bildung und Kultur organisiert. Gemeinsam mit der individuellen Ressourcenvereinbarung erhält die Gemeinde eine Finanzvereinbarung, der zufolge der Kanton der Gemeinde jene Leistungen aus dem Ressourcenpaket, welche die Gemeinde zur Verfügung stellt, auf Berechnungsgrundlage einer Pauschalierung zur Hälfte erstattet.

3.1 Konkrete Vorgehensweisen

Gemäss Vorgabe im Konkordat Sonderpädagogik **muss zur Abklärung der Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen** zwingend das Standardisierte Abklärungsverfahren zur Ermittlung des individuellen Bedarfs (SAV) eingesetzt werden.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Abklärung wird das sonderpädagogische Angebot wie folgt realisiert:

- Im Bereich der **Grund- und Förderangebote** stehen die Ressourcen kollektiv zur Verfügung oder werden individuell aus dem kollektiven Pool zugeteilt. Die Schulleitung bzw. die Leitung der Durchführungsstelle des Förderangebots entscheidet über die Zuteilung der Unterstützung.
- Im Bereich der **Verstärkten Massnahmen** werden die Ressourcen aufgrund definierter Kriterien und der Ergebnisse des vorgegebenen Abklärungsverfahrens den Kindern und Jugendlichen individuell zugeteilt und dort eingesetzt, wo sie gefördert und geschult werden.

1. Schritt: Grundangebot („kollektive Ressourcen“)

Die Erziehungsberechtigten und beigezogene Fachpersonen bzw. die Lehrpersonen und die Schulleitung suchen nach geeigneten Möglichkeiten, der Situation adäquat zu begegnen. Das Besprochene wird im Elternhaus respektive in der Schule umgesetzt und evaluiert.

2. Schritt: Förderangebot („individuelle Massnahmen aus dem kollektiven Ressourcenpool“)

Sind die Massnahmen aus dem Grundangebot nicht ausreichend, erfolgt für Kinder und Jugendliche im schulobligatorischen Bereich in der Regel nach Einbezug der Schulleitung der Gemeinde eine ICF-basierte Standortbestimmung zur Entscheidungsfindung bezüglich individueller Massnahmen im Schulbereich aus dem kollektiven Ressourcenpool der Schule⁸ und/oder eine Anmeldung an den Pädagogisch-Therapeutischen Dienst (PTD) im ZEPT.

- Die Schulleitung der Gemeinde setzt ergänzend Fachpersonen⁹ und/oder zusätzliche Ressourcen an Schulischer Heilpädagogik zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit

⁵ Grundlagen: Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich, Bern, EDK, 15. 06. 2006.

⁶ z. B. persönliche Assistenz für alltägliche Verrichtungen.

⁷ z. B. Tagesstruktur, pflegerische Unterstützung.

⁸ vgl. ICF-basierte Standortbestimmung zur Entscheidungsfindung bezüglich individueller Massnahmen, bspw. Schulisches Standortgespräch (SSG).

⁹ bspw. Personen für Betreuung (Sozialpädagogik, Tagesstruktur, pflegerische Unterstützung u. a.).

besonderem Bildungsbedarf ein.

- Die Leitung des PTD ZEPT bewilligt Logopädie oder Psychomotorik-Therapie als nicht-verstärkte Massnahme im Rahmen des Förderangebots. Das Einverständnis der Erziehungsberechtigten ist Voraussetzung.

Zur Sicherung der fachlichen Qualität und des effektiven Einsatzes bestehender Ressourcen ist bei der Bewilligung umfassender Massnahmen und beim Einsatz der Ressourcen stets das **Vieraugenprinzip** mit Einbezug der Fachstelle Sonderpädagogik des Departements Bildung und Kultur notwendig. Dadurch werden einer Selbstzuweisung nahe kommende Prozesse vermieden. **Ausgangspunkt** ist die Beobachtung einer besonderen Situation.

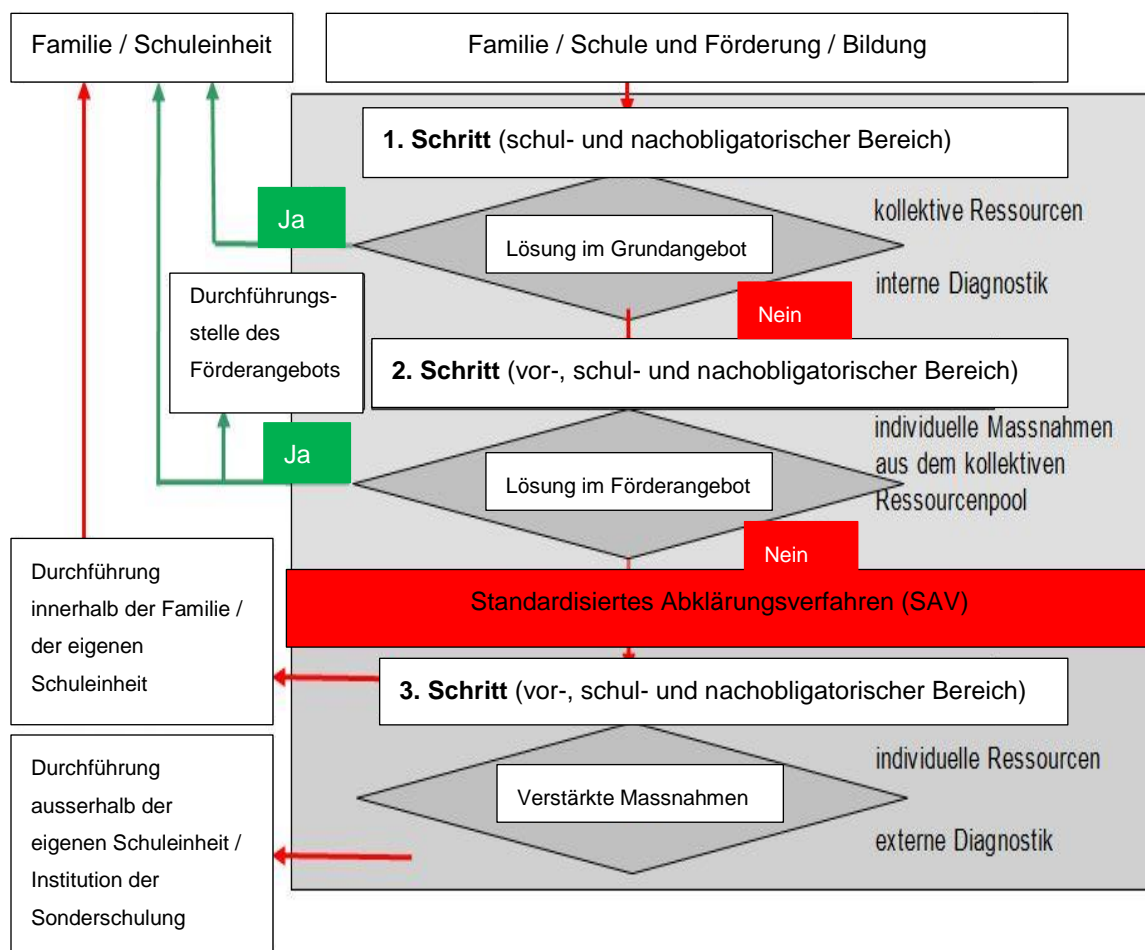


Abbildung 2: Das Kaskadenmodell

3. Schritt: Verstärkte Massnahmen („individuelle Ressourcen“)

Wenn aufgrund förderdiagnostischer und schulstruktureller Überlegungen davon ausgegangen werden muss, dass **für die Kinder und Jugendlichen im schulobligatorischen Bereich** die Angebote in den Schritten 1 und 2 nicht ausreichen, um den besonderen Bildungsbedarf zu decken, wird das Verfahren zur Abklärung der Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen (SAV) eingeleitet. Die Unterlagen mindestens eines abgeschlossenen Förderzyklus aus Schritt 2 fliessen in das Verfahren ein. Im nachobligatorischen Bereich können Teilaufgaben der Bedarfsabklärung und Diagnostik an die IV übertragen werden. Bei medizinischen Fragestellungen werden die entsprechenden Fachpersonen im Rahmen des SAV einbezogen. **Auf Antrag des SPD können Verstärkte Massnahmen** im Bereich Sonderpädagogik, im Bereich Beratung und Unterstützung sowie im Bereich Betreuung zugewiesen werden (siehe Tabelle 1).

Gemäss Konkordat Sonderpädagogik zeichnen sich Verstärkte Massnahmen durch folgende Merkmale aus:

- a. lange Dauer,
- b. hohe Intensität,
- c. hoher Spezialisierungsgrad der Fachpersonen,
- d. einschneidende Konsequenzen auf den Alltag, das soziale Umfeld oder den Lebenslauf des Kindes oder des Jugendlichen.

Für alle Zuweisungen zu und Kostengutsprachen für Verstärkte Massnahmen ist ein SAV-basierter Antrag des SPD zuhanden der Fachstelle Sonderpädagogik der Abteilung Volksschule nötig, im Frühbereich ist das Einverständnis der Erziehungsberechtigten und im schul- und nachobligatorischen Bereich zusätzlich der Einbezug der Schulleitung zwingend. Die von der Fachstelle Sonderpädagogik zugewiesenen Durchführungsstellen sind verbindlich. Es gibt für das Kind, die oder den Jugendlichen bzw. die Erziehungsberechtigten keine freie Wahl der Durchführungsstelle für Verstärkte Massnahmen, jedoch besteht ein Anrecht auf die vom Kanton gesprochene Durchführungsstelle. Bei Uneinigkeit beschreibt der SPD im Rahmen des SAV die Positionen der Partner und übergibt die Situation der Fachstelle Sonderpädagogik zur abschliessend klärenden Entscheidung.

Sind die Erziehungsberechtigten mit dem Entscheid zur Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen und zum Hauptförderort nicht einverstanden, können sie den Rekursweg beschreiten. Auf Wunsch stellt das Departement Bildung und Kultur eine entsprechende Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung aus. Es ist nicht verpflichtet, Beiträge an Durchführungsstellen zu leisten, die nicht in seinem Massnahmenpaket erwähnt werden.

3.2 Diagnostik

Welchen besonderen Bildungsbedarf ein Kind oder ein Jugendlicher aufweist, ist eine Frage mit zentraler Bedeutung. Bedarf ein Kind im Vorschulbereich behinderungsspezifischer Förderung oder kann eine Schülerin oder ein Schüler im Rahmen des Grund- oder Förderangebots nicht ausreichend unterstützt werden, wird abgeklärt, mit welchen Massnahmen dem besonderen Bildungsbedarf entsprochen werden kann (siehe Abbildung 3).

Gemäss dem Ablaufschema des Kaskadenmodells erfolgt diese Abklärung:

- im nicht-verstärkten Bereich mittels interner Diagnostik,
- für Verstärkte Massnahmen mittels externer Diagnostik, d. h. zwingend durch Anwendung des Standardisierten Abklärungsverfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs (SAV).

Interne Diagnostik als Indikation für Förderangebote

Nachdem in einem ersten Schritt ermittelt wird, ob und wie der vorliegenden Situation im Rahmen des Grundangebots entsprochen werden kann, wird im allfällig nötigen zweiten Schritt nach Möglichkeiten gesucht, dem besonderen Bildungsbedarf im Rahmen des Förderangebots zu folgen. Dabei handelt es sich um pädagogisch-therapeutische Massnahmen, Schulische Heilpädagogik, persönliche Assistenz, sozialpädagogische und/oder pflegerische Unterstützung im schulobligatorischen Bereich.

Die Indikation wird durch eine entsprechend qualifizierte Fachperson ausgewiesen. Je nach Fragestellung wird es sich dabei um unterschiedliche Fachpersonen aus dem sonderpädagogischen Angebot oder eine Schulpsychologin respektive einen Schulpsychologen handeln. Diese stützen sich bei Bedarf auch auf Berichte anderer Fachpersonen und –stellen (z. B. Therapie oder Medizin). Die Verteilung der Ressourcen aus dem Förderangebot im schulobligatorischen Bereich hängt von einer ICF-basierten Diagnostik ab, in der Schule beispielsweise mit dem schulischen Standortgespräch (SSG), und erfolgt vor Ort in Absprache zwischen den Beteiligten und in der Verantwortung der jeweiligen Leitung.

Dabei gilt der Grundsatz, dass die Ressourcen jenen Kindern respektive Jugendlichen zugesprochen werden, die sie am nötigsten brauchen. Die Zuteilung selbst basiert dabei auf transparenten Kriterien, welche beispielsweise in Förderkonzepten der Gemeinden dargestellt sind und diese werden in diagnostischen Prozessen durch die Fachpersonen überprüft.

Externe Diagnostik als Indikation für Verstärkte Massnahmen

Reicht das Förderangebot nicht aus, wird in einem dritten Schritt überprüft, ob eine Verstärkte Massnahme notwendig ist. Die Indikation für Verstärkte Massnahmen wird gemäss Konkordat Sonderpädagogik durch eine vom Kanton bezeichnete Abklärungsstelle gestellt. In Appenzell Ausserrhoden handelt es sich dabei um den SPD. Die Abklärungsstelle ermittelt den individuellen Bedarf mithilfe der aus fachlicher Sicht angezeigten diagnostischen Instrumente, Fachberichten aus dem medizinischen und pädagogisch-therapeutischen Bereich und im Austausch mit den an der Förderung Beteiligten und den Erziehungsberechtigten im Rahmen des Standardisierten Abklärungsverfahrens (SAV). Dasselbe gilt bei der Überprüfung des Bedarfs an Verstärkten Massnahmen im Sinn von Verlängerungen bereits bestehender Verstärkter Massnahmen. Der ebenfalls standardisierte Bericht der Abklärungsstelle ist Voraussetzung für den Zuweisungsentscheid.

Tabelle 4 Diagnostik Förderangebot und Verstärkte Massnahmen

Grund- und Förderangebot	Verstärkte Massnahmen
Interne Diagnostik Schulintern: Schulisches Standortgespräch (SSG); Logopädischer Dienst und Psychomotorik; dienstinterne ICF-basierte Verfahren	Externe Diagnostik ICF-basierte externe Diagnostik; Standardisiertes Abklärungsverfahren (SAV) Verfahrensleitende Stelle: SPD
Schule bzw. PTD, z. B. für schulinternes Angebot: Fachperson für Schulische Heilpädagogik, z. B. für schulexternes Angebot: Logopädie, Psychomotorik-Therapie, Betreuung <ul style="list-style-type: none"> schulinternes Angebot: Antrag an Schulleitung schulexternes Angebot: Antrag an Stellenleitung internes Abklärungsverfahren nach ICF 	Schulpsychologischer Dienst (SPD) AR <ul style="list-style-type: none"> Standardisiertes Abklärungsverfahren (SAV) systematischer Einbezug der Erziehungsberechtigten sowie weiterer Fachpersonen Festlegung der Bildungs- und Entwicklungsziele für die folgenden zwei bis drei Jahre (Partizipation)
Antrag an Schulleitung	Antrag an Fachstelle Sonderpädagogik
Zuweisung <ul style="list-style-type: none"> schulinternes Angebot: Schulleitung schulexternes Angebot: Stellenleitung 	Zuweisung <ul style="list-style-type: none"> Fachstelle Sonderpädagogik der Abteilung Volksschule im Amt für Volksschule und Sport
<ul style="list-style-type: none"> schulinternes Angebot: gemäss kommunalem Förderkonzept schulexternes Angebot: gemäss Auftrag ZEPT beziehungsweise Festlegungen zwischen ausserkantonalen Durchführungsstellen und Aufsichtsbehörde 	<ul style="list-style-type: none"> schulinternes Angebot: gemäss Ressourcen- und Finanzvereinbarung bzw. Leistungsvereinbarung schulexternes Angebot: gemäss Auftrag ZEPT beziehungsweise Festlegungen zwischen ausserkantonalen Durchführungsstellen und Aufsichtsbehörde

Liegen eine Empfehlung und ein Antrag des SPDs vor, können individuelle Ressourcen für Verstärkte

Massnahmen bewilligt werden. Grundlage für den Entscheid bildet dabei immer die Beurteilung der Gesamtsituation unter Berücksichtigung aller personen- und umweltbezogenen Faktoren. Insbesondere muss neben den Interessen des Kindes oder Jugendlichen auch die familiäre Umgebung und die Schulsituation berücksichtigt werden.

Die Abklärungsstelle für den schulobligatorischen Bereich kann bereits vor Eintritt des Kindes in die Vorschulstufe tätig werden, wenn diagnostische Hinweise oder einschlägige Erfahrungen vorliegen, wonach das Kind einen erhöhten Förderbedarf hat. Der SPD prüft in solchen Fällen, ob Verstärkte Massnahmen bereits ab Vorschulstufe angezeigt sind.

3.3 Abklärungsstelle

Gemäss Vorgabe im Konkordat Sonderpädagogik verfügt die vom Kanton **anerkannte Abklärungsstelle zur Prüfung der Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen** über psychologisches und diagnostisches Fachwissen sowie über einschlägige Systemkenntnisse der kantonalen und lokalen Gegebenheiten, der schulischen und sonderschulischen Angebote, der lokalen Schulstrukturen und Besonderheiten, als unabdingbare Voraussetzungen für eine umfassende Beurteilung des besonderen Bildungsbedarfs.

Fremdgutachten, beispielsweise von privat tätigen Psychologinnen und Psychologen oder Ärztinnen und Ärzten, werden von der Abklärungsstelle in ihrer Empfehlung berücksichtigt. Die Abklärungsstelle entscheidet, ob und welche weiteren Abklärungen für die Beurteilung des besonderen Bildungsbedarfs und die schulische Indikationsstellung notwendig sind.

Das Konkordat Sonderpädagogik verlangt eine Trennung zwischen Leistungserbringer und Abklärungsstelle. Implizit weist das Konkordat somit darauf hin, dass Diagnose und Indikation unabhängig gestellt werden müssen. Dieser Grundsatz ist bei der strukturellen Einbindung der Abklärungsstellen zu berücksichtigen.

In Appenzell Ausserrhoden wurde als anerkannte Abklärungsstelle der SPD festgelegt. Insbesondere im Frühbereich, in dem die Schnittstelle zwischen Pädagogik und Medizin besonders berücksichtigt werden, sind nebst der Fachperson für Heilpädagogische Früherziehung Fachpersonen für Pädiatrie wichtige Partner, deren Gutachten für die Beurteilung der Notwendigkeit einer Verstärkten Massnahme im Bereich Heilpädagogischer Früherziehung durch die abklärende und die zuweisende kantonale Stelle berücksichtigt wird.

3.4 Zuweisung von sonderpädagogischen Massnahmen

Sonderpädagogische Massnahmen im Rahmen der **Förderangebote** werden von der jeweiligen Schulleitung in der Gemeinde bzw. der Leitung der Durchführungsstelle (Leitung PTD ZEPT), bei hohem Ausmass im Austausch mit der Fachstelle Sonderpädagogik (Vieraugenprinzip; Information), zugewiesen. Die entsprechenden Abläufe und Kriterien sind in den jeweiligen Konzepten geregelt.

Für **Verstärkte Massnahmen** prüft die Fachstelle Sonderpädagogik die eingereichten Abklärungen und Anträge bezüglich formal-administrativer und inhaltlich-organisatorischer Aspekte. Sie prüft speziell auch die Umsetzungsmöglichkeit und die Einhaltung der Leitsätze dieses Konzepts und ist bei positivem Ergebnis verantwortlich für die Zuweisung zu und die Kostengutsprache für Verstärkte Massnahmen.

Die dem Kind beziehungsweise Jugendlichen zugeteilten Ressourcen werden individuell, bedarfsgerecht und zeitlich befristet verfügt. Es werden:

- Art und Dauer der Massnahmen,
- die verantwortliche Durchführungsstelle und
- die Finanzierung

festgelegt.

Die Entwicklung des Kindes respektive der oder des Jugendlichen wird periodisch unter Einbezug aller Beteiligten überprüft. **Diese Überprüfungen finden im Rahmen eines vereinheitlichten Verfahrens** (im nicht-verstärkten Bereich entlang des Verfahrens SSG, im hochschwelligen Bereich zwingend mittels SAV) mindestens vor den Übergangspunkten des Eintritts in den Kindergarten, in den zweiten Zyklus (Ende 2. Klasse, Beginn 3. Klasse) und in den dritten Zyklus (Sekundarstufe I) sowie vor dem Übertritt bei fortgesetzter Sonderschulung statt.

4. Finanzierung und Steuerung

Nach der Einführung der NFA entfielen die Subventionsbeiträge des Bundesamtes für Sozialversicherungen. Dadurch mussten die Finanzierungen sowie die Steuerung neu geregelt werden. Der Regierungsrat regelt die Voraussetzungen und die Höhe der Beitragsleistungen (Art. 46, Schulgesetz). Das Departement Bildung und Kultur übt die Aufsicht über die Sonderschulung aus (Art. 12a, Schulgesetz).

4.1 Finanzierung

Verstärkte Massnahmen werden dann beansprucht, wenn die Möglichkeiten des Regelsystems ausgeschöpft sind. Es wird nach dem Subsidiaritätsprinzip vorgegangen. Im schul- und nachobligatorischen Bereich besteht ein Recht auf die Schulung in einer speziellen Einrichtung (Sonderschule, Sonderschulheim), wenn die integrative Schulung geprüft und begründet abgelehnt worden ist. Die Massnahmen werden unter Mitwirkung der Erziehungsberechtigten ausgewählt und festgelegt. Sie entsprechen dem Bedürfnis des Kindes bzw. Jugendlichen und haben verhältnismässig zu sein. Das Finanzierungssystem in Appenzell Ausserrhoden bietet keinen Anreiz zur Separierung, sondern fördert integrative Settings und ambulante Unterstützungen.

Das Departement Bildung und Kultur finanziert zurzeit das verstärkte sonderpädagogische Angebot im vorobligatorischen Bereich vollumfänglich. Eltern und Gemeinden leisten keinen finanziellen Beitrag.

Ebenfalls ohne Kostenbeteiligung durch Dritte werden aktuell Pädagogisch-Therapeutische Massnahmen im Rahmen der Förderangebote sowie Massnahmen der behindertenspezifischen Beratung und Unterstützung im schul- und nachobligatorischen Bereich vom Kanton finanziert. An den Kosten der Massnahmen zur Sonderschulung beteiligen sich die Gemeinden pauschal im Umfang von etwa 50 Prozent (Art. 46a Schulgesetz). Im Rahmen von Leistungsvereinbarungen werden mit den Sonderschulen von Appenzell Ausserrhoden Jahrespauschalen für die vereinbarten Leistungen festgelegt. Die Abrechnung mit den Zuweisungsstellen erfolgt quartalsweise nach Belegungsmonat. Das gleiche Verfahren kommt bei ausserkantonalen Sonderschulen, die über eine IVSE-Anerkennung verfügen, zur Anwendung. Die Erziehungsberechtigten leisten in stationären oder teilstationären Einrichtungen einen Beitrag (Pauschale). Das Departement Bildung und Kultur legt die Höhe fest. Im Übrigen haben die Erziehungsberechtigten keine Beiträge zu übernehmen, ausser sie wünschen Abklärungen, Massnahmen oder Dienstleistungen, welche über das vom Departement Bildung und Kultur festgelegte Angebot hinausgehen.

Das Departement Bildung und Kultur rechnet die belegten Plätze mit den Sonderschulen ab und entschädigt sie gemäss den festgelegten Leistungspauschalen. Bei integrativen verstärkten Massnahmen in einer Klasse der Regelschule beteiligen sich die Gemeinden ebenfalls im Umfang von 50 Prozent an den effektiven Kosten der notwendigen Massnahmen.

Siehe Tabelle 5 für die detaillierten Angaben zur Finanzierung. Ebenso Tabelle 3 im Kapitel 2.2.

Tabelle 5: Aktuelle Finanzierung des sonderpädagogischen Angebots

Vorobligatorischer Bereich (Altersspanne: Geburt bis Eintritt Kindergarten)				
Sonderpädagogische Massnahmen				
	IV	Kanton	Gemeinden	Erziehungs- berechtigte
Heilpädagogische Früherziehung (HFE)				
- Allgemeine Heilpädagogische Früherziehung		x		
- Spezialisierte Heilpädagogische Früherziehung		x		
Pädagogisch-Therapeutische Massnahmen (PTM)				

Logopädie im Frühbereich				
- Allgemeine Logopädie im Frühbereich		x		
- Spezialisierte Logopädie im Frühbereich		x		
Behindertenspezifische Beratung und Unterstützung (B&U)				
Behindertenspezifische Beratung und Unterstützung (B&U) im Frühbereich				
- bei Sehbehinderung		x		
- bei Hörbehinderung		x		
- bei Körperbehinderung		x		
Schulobligatorischer Bereich (Altersspanne: Eintritt Kindergarten bis Beendigung Schulpflicht)				
Sonderpädagogische Massnahmen				
	IV	Kanton	Gemeinden	Erziehungs- berechtigte
Pädagogisch-Therapeutische Massnahmen (PMT)				
Logopädie				
Logopädie (Förderangebot)				
- Allgemeine Logopädie		x		
- Spezialisierte Logopädie		x		
Logopädie (Verstärkte Massnahme)				
- Allgemeine Logopädie Integrative Schulung (IVM)		x	x	
- Allgemeine Logopädie Separative Schulung [vgl. Betreuung (BE)]		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Psychomotorik-Therapie		x		
Schulische Heilpädagogik (SHP)				
Schulische Heilpädagogik (Förderangebot)			x	
Schulische Heilpädagogik (Verstärkte Massnahme)				
- Schulische Heilpädagogik Integrative Schulung (IVM)		x	x	
- Schulische Heilpädagogik Separative Schulung [vgl. Betreuung (BE)]		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Behindertenspezifische Beratung und Unterstützung (B&U)				
Behindertenspezifische Beratung und Unterstützung (B&U) (Verstärkte Massnahme)				
Beratung und Unterstützung Integrative Schulung (IVM)				
- bei Sehbehinderung		x		
- bei Hörbehinderung		x		
- bei Körperbehinderung		x		
Beratung und Unterstützung Separative Schulung [vgl. Betreuung (BE)]				
- bei Sehbehinderung		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
- bei Hörbehinderung		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
- bei Körperbehinderung		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Persönliche Assistenz (behinderungsbedingt) für alltägliche Verrichtungen [Gemeinden, DBK: Subsidiaritätsprinzip]				
- Persönliche Assistenz (Förderangebot)	x		x	
Persönliche Assistenz (Verstärkte Massnahme)				
- Persönliche Assistenz Integrative Schulung (IVM)	x	x	x	
- Persönliche Assistenz Separative Schulung [vgl. Betreuung (BE)]	x	x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Betreuung (BE)				
Sozialpädagogische Unterstützung				
Sozialpädagogik (Förderangebot)			x	
Sozialpädagogik (Verstärkte Massnahme)				
- Sozialpädagogik im Rahmen Integrativer Schulung (IVM)		x	x	
- Sozialpädagogik im Rahmen Separativer Schulung (Sonderschule)		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur

[vgl. Betreuung (BE)]			beitrag)	
Pflegerische Unterstützung				
Pflegerische Unterstützung (behinderungsbedingt) [Gemeinden, DBK: Subsidiaritätsprinzip]		x	x	
Pflegerische Unterstützung (Förderangebot)			x	
Pflegerische Unterstützung (Verstärkte Massnahme)				
- Pflegerische Unterstützung Integrativer Schulung (IVM)	x	x	x	
- Pflegerische Unterstützung Separative Schulung [vgl. Betreuung (BE)]	x	x	x (Pauschalbeitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Tagesstruktur				
Tagesstruktur (behinderungsbedingt)				
Tagesstruktur (Förderangebot)			x	x
Tagesstruktur (Verstärkte Massnahme)				
- Tagesstruktur im Rahmen Integrativer Schulung (IVM)		x	x	x
- Tagesstruktur im Rahmen Separativer Schulung (Sonderschule) [ausschliesslich bei gleichzeitiger Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen aus dem Bereich Sonderpädagogik]		x	x (Pauschalbeitrag)	x (Pauschalbeitrag)
Internatsstruktur				
Internatsstruktur (behinderungsbedingt)				
Internatsstruktur (Verstärkte Massnahme)				
- Internatsstruktur im Rahmen Separativer Schulung (Sonderschulheim) [ausschliesslich bei gleichzeitiger Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen aus dem Bereich Sonderpädagogik]		x	x (Pauschalbeitrag)	x (Pauschalbeitrag)

Nachobligatorischer Bereich (Fortgesetzte Sonderschulung / Übergang Schule - Beruf)				
Sonderpädagogische Massnahmen				
	IV	Kanton	Gemeinden	Erziehungs- berechtigte
Pädagogisch-Therapeutische Massnahmen (PMT)				
Logopädie				
Logopädie (Verstärkte Massnahme)				
- Allgemeine Logopädie Separative Schulung [vgl. Betreuung (BE)]		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Schulische Heilpädagogik (SHP)				
Schulische Heilpädagogik (Verstärkte Massnahme)				
- Schulische Heilpädagogik Separative Schulung [vgl. Betreuung (BE)]		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Behindertenspezifische Beratung und Unterstützung (B&U)				
Behindertenspezifische Beratung und Unterstützung (B&U) im Rahmen Förderangebote oder Integrativer Schulung [Sek II; weiterführende / berufsbildende Schule]				
- bei Sehbehinderung - bei Hörbehinderung - bei Körperbehinderung	x (Sek II)			
Behindertenspezifische Beratung und Unterstützung (B&U) im Rahmen Separativer Schulung (Sonderschule) [s. Tagesstruktur, Internatsstruktur]				
- bei Sehbehinderung		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
- bei Hörbehinderung		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
- bei Körperbehinderung		x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Persönliche Assistenz (behinderungsbedingt) für alltägliche Verrichtungen [Gemeinden, DBK: Subsidiaritätsprinzip]				
Persönliche Assistenz (Verstärkte Massnahme)				
- Persönliche Assistenz Separative Schulung [vgl. Betreuung (BE)]	x	x	x (Pauschal- beitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur

Betreuung (BE)				
Sozialpädagogische Unterstützung				
Sozialpädagogik (Verstärkte Massnahme)				
- Sozialpädagogik im Rahmen Separativer Schulung (Sonderschule) [s. Tagesstruktur, Internatsstruktur]		x	x (Pauschalbeitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Pflegerische Unterstützung				
Pflegerische Unterstützung (behinderungsbedingt) [Gemeinden, DBK: Subsidiaritätsprinzip]				
Pflegerische Unterstützung (Verstärkte Massnahme)				
- Pflegerische Unterstützung im Rahmen Separativer Schulung (Sonderschule, Sonderschulheim) [vgl. Betreuung (BE)]	x	x	x (Pauschalbeitrag)	s. Tagesstruktur, Internatsstruktur
Tagesstruktur				
Tagesstruktur (behinderungsbedingt)				
Tagesstruktur (Verstärkte Massnahme)				
- Tagesstruktur im Rahmen Separativer Schulung (Sonderschule) [ausschliesslich bei gleichzeitiger Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen aus dem Bereich Sonderpädagogik]		x	x (Pauschalbeitrag)	x (Pauschalbeitrag)
Internatsstruktur				
Internatsstruktur (behinderungsbedingt)				
Internatsstruktur (Verstärkte Massnahme)				
- Internatsstruktur im Rahmen Separativer Schulung (Sonderschulheim) [ausschliesslich bei gleichzeitiger Anspruchsberechtigung für Verstärkte Massnahmen aus dem Bereich Sonderpädagogik]		x	x (Pauschalbeitrag)	x (Pauschalbeitrag)

4.2 Steuerung

Unter Berücksichtigung der in den Leitgedanken genannten Prämissen obliegt dem Departement für Bildung und Kultur bzw. dem für diese Aufgabe zuständigen Amt für Volksschule und Sport die Steuerung der Verstärkten Massnahmen. Das Kaskadenmodell (siehe Kapitel 3.1) dient dabei als Handlungs- und Steuerungsgrundlage.

Zusätzlich wird u. a. durch verschiedene Evaluationen, pädagogische Analysen, Finanzcontrolling, SAV sowie Auswertungen von Statistiken Steuerungswissen generiert. Die Abteilung Volksschule bestimmt die Kriterien zur Bewilligung Verstärkter Massnahmen und somit die Schwelle zwischen verstärkten und nicht-verstärkten Massnahmen. Sie legt fest, welche Daten aufgrund des Abklärungsverfahrens als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung Verstärkter Massnahmen benötigt werden. Informationen zur Bewilligung sind beispielsweise im SAV enthalten und werden durch den SPD dargestellt.

Im Bereich Sonderschulung steuert der Kanton über Leistungsvereinbarungen mit den Durchführungsstellen. Das Departement Bildung und Kultur entscheidet über die Anerkennung, über Erweiterungen und Anpassungen der Anerkennung sowie über die Aufhebung einer Anerkennung der Durchführungsstellen.

Die für den Bereich Sonderpädagogik zuständige Abteilung erlässt Vorgaben zuhanden der diagnostizierenden sowie der durchführenden Stellen und definiert die Abläufe. Tauchen im Verlauf von Abklärungen von diagnostizierenden und durchführenden Stellen und in Zusammenarbeit mit Schulen und Erziehungsberechtigten beziehungsweise weiteren Fachdiensten Hindernisse bei der Vereinbarung von sonderpädagogischen Massnahmen auf, so formuliert die für Sonderpädagogik zuständige Fachperson im Departement Bildung und Kultur die notwendigen Entscheidungen und Vereinbarungen. Sie bespricht diese mit der zuständigen Abteilungs- beziehungsweise Amtsleitung, so dass ein Entscheid gefällt werden kann. Weiter entscheidet diese Fachperson über Zuweisungen und Kostengutsprachen sonderpädagogischer Massnahmen, ebenso über aussergewöhnliche Belange betreffend sonderpädagogischer Massnahmen, Entwicklungen und Qualitätssicherungen.

5. Zuständigkeiten im Departement Bildung und Kultur

Das Departement Bildung verantwortet die Bereitstellung des sonderpädagogischen Angebots für Kinder und Jugendliche von der Geburt an bis zum 20. Altersjahr. Das Amt für Volksschule und Sport ist Teil des Departements Bildung und Kultur und wird von der Amtsleiterin oder dem Amtsleiter geführt. Ihm oder ihr unterstellt sind vier Abteilungsleiterinnen und -leiter. Sie führen die Abteilung Volksschule, die Abteilung Sport, die Abteilung Schulpsychologie und die Abteilung Pädagogisch-Therapeutische Dienste. Die operativen Aufgaben, die die jeweiligen Abteilungen betreffen, werden den Abteilungsleiterinnen und -leitern mitgeteilt und von ihnen und ihren Teams bearbeitet, aussergewöhnliche Anliegen gelangen an die Amtsleitung. Die Fachstelle Sonderpädagogik ist der Abteilung Volksschule zugeordnet. Wegen der Schnittstellen zwischen dem Schulpsychologischen Dienst, dem Pädagogisch-Therapeutischen Dienst und der Abteilung Volksschule ist für sie eine gute Koordination eine bedeutende Grundlage.

Die im Konzept aufgeführten sonderpädagogischen Massnahmen, welche von der Abteilung Volksschule und von der Fachstelle Sonderpädagogik bewilligt werden oder eine Kostengutsprache beinhalten, werden operativ von der Fachstelle ausgeführt, alle strategischen und organisatorischen Belange werden von der Abteilung Volksschule und dem Amt in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Sonderpädagogik beschlossen.

Die Fachstelle Sonderpädagogik ist für folgende Hauptaufgaben (Art. 40, Verordnung zum Schulgesetz¹⁰) zuständig: Ansprechstelle Sonderschulungen, Case Management bei integrativen Sonderschulungen, Bewilligung und Aufsicht über Sonderschulen, Erteilung von Kostengutsprachen, Finanzierungsentscheide in Zusammenarbeit mit der Abteilungsleitung Volksschule und bei aussergewöhnlichen Belangen mit der Amtsleitung für Volksschule und Sport, Erarbeitung und Überprüfung der Leistungsvereinbarungen mit Sonderschulen, Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen und interkantonale Zusammenarbeit.

¹⁰ Verordnung zum Schulgesetz, Art. 40, Fachstelle Sonderpädagogik

1 Die Fachstelle Sonderpädagogik erfüllt folgende Hauptaufgaben:

- a) Planung, Realisierung und Auswertung von Vereinbarungen mit Sonderschulen und Leistungsaufträgen für die sonderpädagogischen Zentren;
- b) Unterstützung der Gemeinden in der Umsetzung der sonderpädagogischen Konzepte, insbesondere bei den integrativen heilpädagogischen Massnahmen, der Förderung fremdsprachiger Kinder und der Begabtenförderung;
- c) Koordination alternativer Bildungsangebote auf Stufe Kanton, insbesondere bei besonders begabten Lernenden oder bei Brückenangeboten für Lernende mit ausserordentlichen Schulschwierigkeiten;
- d) interkantonale Zusammenarbeit und Koordination sowie Kontakt zum Bundesamt für Sozialversicherungen.

6. Qualitätssicherung und Reporting

Für die Anerkennung von Sonderschulen und Leistungserbringern im sonderpädagogischen Bereich gelten die Qualitätskriterien der EDK. Die Instrumente der Qualitätssicherung, welche interne und externe Evaluationen sowie weitere Instrumente für die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen und die Aufsichtspflicht des Kantons einschliesst, gelten auch für die Sonderschulen.

Die im sonderpädagogischen Bereich tätigen Fachpersonen verfügen in allen Funktionen über eine adäquate Ausbildung. Zudem wird eine permanente Weiterbildung erwartet. Die jeweils vorgesetzten Stellen sind für die entsprechende fachliche Weiterentwicklung des Personals verantwortlich. Für die folgenden beruflichen Tätigkeiten wird in der Regel ein EDK-anerkannter Abschluss erwartet: Schulische Heilpädagogik, Heilpädagogische Früherziehung, Logopädie, Psychomotorik.

Das Amt für Volksschulen und Sport prüft die Zulassung für die Ausübung einer Tätigkeit im sonderpädagogischen Bereich. Über Ausnahmen entscheidet das Departement Bildung und Kultur.

Die Sonderschulen haben die Pflicht gegenüber dem Kanton, jährlich über die Erfüllung der Leistungsvereinbarung Rechenschaft abzulegen. Dies erfolgt im beidseitigen Interesse, da allfällige Anpassungen in der Leistungsvereinbarung auf dieser Grundlage vorgenommen werden.

Anhang

1. Rechtliche Grundlagen

A. Rechtliche Grundlagen auf internationaler Ebene

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) vom 4. November 1950

Die europäische Menschenrechtskonvention legt in Art. 14 ein Diskriminierungsverbot fest, demzufolge die festgelegten Rechte und Freiheiten ohne Unterschied gewährleistet werden müssen. Wenngleich das Merkmal der Behinderung in der Aufzählung von Merkmalen zum Verbot der Diskriminierung nicht explizit erwähnt wird, ist anerkannt, dass für Menschen mit Behinderung ihre Behinderung einen Sonstigen Status im Sinne von Art. 14 EMRK darstellt. Das erste Zusatzprotokoll zur Konvention vom 20. März 1952 regelt in Art. 2 das Recht auf Bildung für alle. In der Schweiz stellt die EMRK direkt anwendbares Recht dar (in Kraft getreten am 28. November 1974, SR-Nummer 0.101).

Salamanca-Erklärung und der Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse vom 10. Juni 1994

Die Salamanca-Erklärung, angenommen von der Weltkonferenz „Pädagogik für besondere Bedürfnisse: Zugang und Qualität“ und ratifiziert von der Schweiz, bekräftigt das Recht jedes Menschen auf Bildung. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, ein inklusives Schulsystem zu errichten, in dem der gemeinsame Unterricht von Lernenden mit und ohne Behinderung der Regelfall ist. Schule und Gesellschaft beziehen von Beginn weg Minderheiten in ihre Überlegungen, Angebote und Programme ein, ohne über den Umweg des (vorübergehenden) Ausschlusses anschliessend im Einzelfall Integration aufzubauen. Das gesamte System (z. B. Schulen, Lehrpläne, Gesellschaft) wird inklusiv gestaltet.

Übereinkommen der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK) vom 13. Dezember 2006

Die Behindertenrechtskonvention ist das erste internationale Spezialübereinkommen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie präzisiert und ergänzt bereits bestehende menschenrechtliche Standards unter dem besonderen Blickwinkel der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung. Behinderung wird als Teil der menschlichen Vielfalt und Bereicherung in der Gesellschaft verstanden, die Konvention distanziert sich von einem auf dem Begriff des Makels beruhenden Konzept von Behinderung. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Hindernisse zu beheben, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind, sie gegen Diskriminierung zu schützen und ihre Inklusion und Gleichstellung in der Gesellschaft zu fördern. Die BRK wurde von der Schweiz am 15. April 2014 ratifiziert und ist am 15. Mai 2014 in Kraft getreten (SR 0.109). Das Inkrafttreten der Konvention vermittelt eine starke und klare politisch-rechtliche Botschaft zugunsten der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik der UNESCO-Weltbildungsministerkonferenz in Genf (2008)

Grundlage der Leitlinien bildet das Postulat, weltweit Menschen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu ermöglichen und jeden Menschen in die Lage zu versetzen, seine Potentiale entfalten zu können. Dieser Anspruch wird universal und unabhängig von Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen oder besonderen Lernbedürfnissen geltend gemacht. Die internationale Forderung nach inklusiven Bildungssystemen ist auch für die Schweiz relevant. Auch in der Schweiz erhalten längst nicht alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderung die Möglichkeit eines gemeinsamen Unterrichts in einer allgemeinen Schule.

„Um inklusive Bildung zu ermöglichen, müssen Bildungssysteme alle Kinder erreichen und nach ihren individuellen Möglichkeiten optimal fördern. Die Systeme müssen dabei von der frühkindlichen Bildung an so gestaltet werden, dass sie sich den verschiedenen Bedürfnissen von Kindern flexibel anpassen können.“

Allen Kindern soll ermöglicht werden, in einem gemeinsamen Unterricht voll am schulischen Leben teilzuhaben. Erst wenn Bildungssysteme dies für alle Kinder leisten, können wir von umfassender Bildungsgerechtigkeit sprechen“ (Walter Hirche, Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission, 2009).

B. Rechtliche Grundlagen auf Bundesebene

Art. 197 Ziff. 2 BV „Übergangsbestimmung zu Art. 62“: Bundesbeschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vom 3. Oktober 2003

Seit dem Inkrafttreten des Bundesbeschlusses zur NFA vom 3. Oktober 2003 übernehmen die Kantone die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung an die Sonderschulung (einschliesslich der heilpädagogischen Früherziehung gemäss Art. 19 des BG vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung). Die Kantone waren verpflichtet, die Versicherungsleistungen der IV bis 31. 12. 2010 zu garantieren und regeln die weitere Handhabung in ihren kantonalen Konzepten. Alle Versicherten haben jedoch nach wie vor Anspruch auf die im Gesetz über die Invalidenversicherung umschriebenen Leistungen.

Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2003

Das Behindertengleichstellungsgesetz BehiG¹¹ vom 13. Dezember 2002 korrespondiert mit der Salamanca-Erklärung. Im 5. Abschnitt: Besondere Bestimmungen für die Kantone legt Art. 20 die Verpflichtung der Kantone zu einer den besonderen Bedürfnissen angepassten Grundschulung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, zur Förderung der Integration mittels entsprechender Schulungsformen sowie zur Möglichkeit der Erlernung einer entsprechenden Kommunikationstechnik für wahrnehmungs- oder artikulationsbehinderte Kinder und Jugendliche und ihnen nahestehenden Personen fest:

1 Die Kantone sorgen dafür, dass behinderte Kinder und Jugendliche eine Grundschulung erhalten, die ihren besonderen Bedürfnissen angepasst ist.

2 Die Kantone fördern, soweit dies möglich ist und dem Wohl des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient, mit entsprechenden Schulungsformen die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die Regelschule.

3 Insbesondere sorgen sie dafür, dass wahrnehmungs- oder artikulationsbehinderte Kinder und Jugendliche und ihnen besonders nahe stehende Personen eine auf die Behinderung abgestimmte Kommunikationstechnik erlernen können.

C. Grundlagen auf interkantonaler Ebene

Die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) vom 13. Dezember 2002

Die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) ist ein Konkordat, das die Aufnahme von Personen mit besonderen Betreuungs- und Förderungsbedürfnissen in geeigneten Einrichtungen (soziale Einrichtungen und Sonderschulen) ausserhalb ihres Wohnkantons ohne Erschwernisse ermöglicht. Die Vereinbarungskantone tauschen insbesondere Informationen über Massnahmen, Erfahrungen sowie Ergebnisse aus, stimmen ihre Angebote aufeinander ab und fördern die Qualität derselben. Die IVSE regelt die Leistungsabgeltung und die Kostenrechnung sowie die Kriterien zur Unterstellung von Institutionen und Aufnahme der unterstellten sozialen Einrichtungen in eine Datenbank IVSE.

¹¹ Das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz BehiG) vom 13. Dezember 2003 setzt Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und insbesondere selbstständig soziale Kontakte zu pflegen, sich aus- und fortzubilden und eine Erwerbstätigkeit auszuüben. SR-Nummer 151.3

Appenzell Ausserrhoden ist der IVSE per 1. Januar 2008 in allen vier Bereichen beigetreten. Die Sonderschulen und das Sonderschulheim mit privater Trägerschaft in Appenzell Ausserrhoden nehmen auch Lernende aus anderen Kantonen auf. Sie sind auf der IVSE-Institutionenliste und erfüllen die dafür notwendigen Kriterien.

Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Konkordat Sonderpädagogik) vom 25. Oktober 2007, in Kraft getreten mit 1. Januar 2011

Das Konkordat Sonderpädagogik schafft einen gesamtschweizerischen Rahmen für die wichtigsten Massnahmen im sonderpädagogischen Bereich, welche in den kantonalen Konzepten zu berücksichtigen sind.

Die wichtigsten Grundsätze sind:

- Der gesamte sonderpädagogische Bereich gehört zum Bildungsauftrag der Volksschule.
- Die Unterscheidung zwischen IV-Versicherten und Nicht-IV-Versicherten entfällt. Alle in der Schweiz wohnhaften Kinder und Jugendlichen (ab Geburt bis vollendetem 20. Altersjahr) mit besonderem Bildungsbedarf haben ein Anrecht auf angemessene sonderpädagogische Massnahmen.
- Integrierende Massnahmen sind separierenden vorzuziehen.
- Das Recht auf Unentgeltlichkeit ist gewährleistet (Bundesverfassung Art. 62, 2, 3).
- Die Erziehungsberechtigten werden in den Prozess zur Anordnung der Massnahmen einbezogen.

Jeder Vereinbarungskanton hat selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen Beratung und Unterstützung, Heilpädagogische Früherziehung, Logopädie und Psychomotorik sowie besondere Schulung in einer Regelschule oder Sonderschule anzubieten. Hinzu kommt bedarfsweise die Möglichkeit einer Betreuung in Tagesstrukturen oder einer stationären Unterbringung (Internat) in einer sonderpädagogischen Einrichtung. Die Kantone delegieren im Weiteren die notwendigen Transporte für Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Behinderung den Weg zur Schule oder Therapiestelle nicht selbständig bewältigen können. Medizinische Massnahmen, Stützkurse, Nachhilfeunterricht und ähnlichem mehr werden im Konkordat nicht geregelt.

Ein weiteres Kernstück des Konkordats ist die Verpflichtung, gesamtschweizerisch einheitliche Instrumente in den Bereichen Terminologie und Qualitätsstandards für Leistungsanbieter zu benutzen, ein standardisiertes Abklärungsverfahren für die Ermittlung des individuellen Förder- und Unterstützungsbedarfs anzuwenden sowie die Anerkennung der Diplome von Fachpersonen für Schulische Heilpädagogik und Heilpädagogische Früherziehung, Logopädie und Psychomotorik-Therapie auf Basis der EDK-Anerkennungsreglemente auszusprechen. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement EVD regelt die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien von höheren Fachschulen (sozialpädagogische Ausbildungsgänge).

Gemäss Konkordat über die sonderpädagogischen Angebote im Kindes- und Jugendalter koordinieren die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK), zuständig für die Aufgaben für Behinderte im Kindes- und Jugendalter, und die Sozialdirektorinnen und -direktorenkonferenz (SODK), zuständig für Behinderte im Erwachsenenalter, ihre Aufgaben. Nicht zuletzt deshalb ist auch auf kantonaler Ebene eine Koordination zwischen den Departementen Bildung und Kultur und dem Departement Gesundheit sinnvoll.

Appenzell Ausserrhoden ist dem Konkordat 2010 beigetreten und orientiert sich an den EDK- und EVD-Anerkennungen.

2. Glossar

Abklärungsstelle	Dienststelle, die die Evaluationen im Rahmen des Standardisierten Abklärungsverfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs vornimmt. Sie vereinigt verschiedene berufliche Kompetenzen und ist nicht identisch mit den potentiellen Leistungsanbietern.
Aktivität	Eine Aktivität bezeichnet die Durchführung einer Aufgabe oder einer Tätigkeit durch eine Person. Eine Beeinträchtigung der Aktivität zeigt sich in einer Schwierigkeit oder in der Unmöglichkeit für eine Person, die Aktivität durchzuführen.
Behinderung	Schädigung von (physiologischen oder psychischen) Körperfunktionen und/oder Beeinträchtigung einer Aktivität und/oder Beeinträchtigung der Partizipation als Ergebnis der Interaktion zwischen Gesundheitsmerkmalen und Kontextfaktoren (personenbezogene Faktoren und Umweltfaktoren). Sie ist im Bereich der Sonderpädagogik relevant, wenn sich daraus ein besonderer Bildungsbedarf ableitet.
Beratung	Sporadische Intervention oder punktuelle Hilfestellung für Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf und für ihr Umfeld (Lehr- und Fachpersonen, Klasse, Familie usw.) durch Fachkräfte mit entsprechender Spezialisierung, insbesondere im Behinderungsbereich.
besonderer Bildungsbedarf	<p>Ein besonderer Bildungsbedarf liegt vor</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Kindern vor der Einschulung, bei denen festgestellt wird, dass ihre Entwicklung eingeschränkt oder gefährdet ist oder dass sie dem Unterricht in der Regelschule ohne spezifische Unterstützung aller Wahrscheinlichkeit nach nicht werden folgen können; - bei Kindern und Jugendlichen, die dem Lehrplan der Regelschule ohne zusätzliche Unterstützung nachweislich nicht mehr oder nur teilweise folgen können; - in weiteren Situationen, in denen die zuständige Schulbehörde bei Kindern und Jugendlichen nachweislich grosse Schwierigkeiten in der Sozialkompetenz sowie im Lern- oder Leistungsvermögen feststellt. <p>Bei der Evaluation zur Feststellung eines besonderen Bildungsbedarfs wird der Kontext mitberücksichtigt.</p>
Betreuung in Tagesstrukturen	<p>Betreuungsangebot (inkl. Pflege) für Kinder und Jugendliche während des Tages, ohne stationäre Unterbringung.</p> <p>Im Allgemeinen bezeichnen Tagesstrukturen die Gesamtheit an bedarfsgerechten Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche ab Geburt bis zum Ende der obligatorischen Schule (im Bereich der Sonderpädagogik bis 20 Jahre) ausserhalb der Familie.</p> <p>Tagesstrukturen sind durch folgende Kriterien gekennzeichnet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sie garantieren die Obhut durch angemessen qualifizierte erwachsene Personen. - Die Kinder und Jugendlichen erfahren eine ihrem Alter und Autonomiegrad entsprechende Betreuung und Förderung. - Sie erfüllen in ihrem zeitlichen Umfang die lokal vorhandenen Bedürfnisse der Familien sowohl bezüglich der Stunden pro Tag als auch betreffend der Tage pro Jahr. - Sie unterstehen dem Angebotsobligatorium, ihre Nutzung ist jedoch freiwillig.
Förderangebot	Zum Förderangebot im schulobligatorischen Bereich gehören individuelle Ressourcen aus dem kollektiven Pool in Schulischer Heilpädagogik sowie pädagogisch-therapeutische Massnahmen, individuelle Ressourcen aus dem kollektiven Pool für persönliche Assistenz sowie für Sozialpädagogik und Pflege. Individuelle Ressourcen aus dem kollektiven Pool werden aufgrund von besonderem Bildungsbedarf gesprochen und bezeichnen Mittel und Massnahmen, welche über kollektive Ressourcen hinaus einem Kind oder Jugendlichen individuell zugesprochen werden, wenn keine Verstärkten Massnahmen notwendig sind.
Frühbereich	Entspricht dem vorobligatorischen Bereich: Geburt bis Eintritt in den ersten Zyklus (Kindergarten); das erste freiwillige Kindergartenjahr wird bereits zum obligatorischen Bereich gezählt.
Gesamtbeurteilung	Erfolgt auf Basis des standardisierten Abklärungsverfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs, das auch den Kontext sowie pädagogisch,

	psychologische und soziale Aspekte in die Frage einbezieht, ob und welcher besondere Bildungsbedarf besteht.
Grundangebot	Das Grundangebot umfasst die regulären Angebote, die jedem Kind und Jugendlichen zustehen. Dabei handelt es sich um kollektive Ressourcen, die im schulobligatorischen Bereich auf gesetzlicher Grundlage festgelegt sind.
Heilpädagogische Früherziehung	In der Heilpädagogischen Früherziehung werden Kinder mit Behinderungen, mit Entwicklungsverzögerungen, -einschränkungen oder –gefährdungen ab Geburt bis maximal <i>zwei Jahre</i> nach Schuleintritt mittels Abklärung, präventiver und erzieherischer Unterstützung sowie angemessener Förderung einzeln oder in Kleingruppen im familiären Kontext und/oder ihrem erweiterten Beziehungsumfeld behandelt.
ICF	Die ICF (International Classification of Functioning, Disability and Health, WHO 2001), deutsch: Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit, ist eine Klassifikation der funktionalen Gesundheit und ihrer Beeinträchtigungen. Sie gehört zu der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelten „Familie“ von Klassifikationen für die Anwendung auf verschiedene Aspekte der Gesundheit.
Individuelle Ressourcen	Mittel und Massnahmen, welche einem Kind oder einem Jugendlichen aufgrund seines besonderen Bildungsbedarfs zugesprochen werden, wenn die kollektiv oder individuell aus dem kollektiven Pool zugeteilten Ressourcen begründeterweise nicht ausreichen. Sie sind an das Kind oder den Jugendlichen gebunden und kommen dort zum Einsatz, wo die Förderung stattfindet.
Individuelle Ressourcen/Massnahmen aus dem kollektiven Pool	Mittel und Massnahmen, welche einem Kind oder Jugendlichen individuell zugesprochen werden, wenn keine Verstärkten Massnahmen notwendig sind. Den Leitungen steht für diese individuellen Massnahmen aus dem kollektiven Pool ein Gefäss zur Verfügung, das den Förderbedarf im Rahmen kollektiver Ressourcen übersteigt. Diese individuellen Massnahmen aus dem kollektiven Pool zeichnen sich durch eine beschränkte zeitliche Dauer aus und werden von den Leitungen vergeben. Es braucht keine externe Fachstelle zur Zuweisung. Die Förderziele für die einzelnen Kinder und Jugendlichen müssen schriftlich festgehalten und nach Ablauf der Massnahme überprüft werden. Sind die Zielsetzungen nicht erreicht, kann allenfalls das Verfahren für Verstärkte Massnahmen eingeleitet werden. Individuelle Ressourcen aus dem kollektiven Pool sind eine Zwischenstufe zwischen kollektiven Ressourcen und Verstärkten Massnahmen aufgrund behinderungsspezifischer Bildungsbedürfnisse.
Kollektive Ressourcen	Mittel, welche einer Schuleinheit aufgrund der gesetzlichen Grundlagen zur Verfügung stehen.
Integrative Schulung	Integration von Kindern oder Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf in einer Klasse der Regelschule <ul style="list-style-type: none"> - durch die Nutzung der sonderpädagogischen Massnahmen im Grund- und Förderangebot und/oder - durch die Anordnung von Verstärkten Massnahmen aufgrund des Standardisierten Abklärungsverfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs.
Kostenbeiträge der Erziehungsberechtigten	Kostenbeiträge der Eltern oder der Erziehungsberechtigten für die Verpflegung und die Betreuung in Tagesstrukturen und in stationären Einrichtungen.
Leistungsanbieter	Leistungsanbieter können Institutionen, Kompetenzzentren, Sonderschulen, Therapeutinnen und Therapeuten, qualifizierte Fachpersonen (aus dem öffentlichen Dienst oder freiberuflich mit kantonaler Zulassungsbewilligung) sein, die Angebote beziehungsweise Leistungen anbieten und sonderpädagogische Massnahmen aufgrund einer Anordnung durchführen.
Logopädie	In der Logopädie werden Störungen der mündlichen und schriftlichen Sprache, des Sprechens, der Kommunikation, des Redeflusses und der Stimme, des Schluckens sowie der Legasthenie diagnostiziert und werden die entsprechenden Therapiemassnahmen geplant, durchgeführt und ausgewertet.
Nachobligatorischer Bereich	Definiert als Zeitspanne der fortgesetzten Sonderschulung und des Übergangs zwischen Schule und erstmaliger beruflicher Eingliederung; anschliessend an den schulobligatorischen Bereich.
Partizipation	Die Partizipation ist die Teilnahme oder Teilhabe einer Person in einem

	Lebensbereich beziehungsweise einer Lebenssituation vor dem Hintergrund ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Verfassung, ihrer Körperfunktionen und –strukturen, ihrer Aktivitäten und ihrer Kontextfaktoren (personenbezogene Faktoren und Umweltfaktoren). Die Beeinträchtigung der Partizipation kann sich je nach Art und Ausmass in der Teilnahme an einem Lebensbereich respektive an einer realen Lebenssituation manifestieren.
Psychomotorik	Psychomotorik befasst sich mit der Wechselwirkung zwischen Wahrnehmen, Fühlen, Denken, Bewegen und Verhalten, sowie in ihrem körperlichen Ausdruck. In der Psychomotorik werden psychomotorische Entwicklungsauffälligkeiten, -störungen und -behinderungen diagnostiziert sowie Therapie- und Unterstützungsmassnahmen geplant, durchgeführt und ausgewertet.
Qualitätsstandards	Die von den Vereinbarungskantonen gemeinsam festgelegten Kriterien zur Anerkennung von Leistungsanbietern im Bereich der Sonderpädagogik.
Regelschule	Schule der obligatorischen Bildungsstufe, in welcher die Schülerinnen und Schüler in Regelklassen eingeteilt sind, innerhalb welcher sowohl Massnahmen der Sonderpädagogik und integrative Schulung vorgeschlagen werden können. Ebenso ist die Regelschule Abgrenzung zur Sonderschule zu denken.
Schulobligatorischer Bereich	bezeichnet die Spanne zwischen dem Eintritt in die Vorschulstufe (inkl. freiwilliges erstes Kindergartenjahr) bis zum Abschluss der obligatorischen Schulpflicht; anschliessend an den vorobligatorischen Bereich (Frühbereich) und vor dem nachobligatorischen Bereich (Übergang zwischen Schule und erstmaliger beruflicher Eingliederung).
Sonderpädagogik	Die Sonderpädagogik ist sowohl wissenschaftliche Disziplin als auch Praxis, die mit anderen Disziplinen, Professionen sowie Betroffenen und ihren Bezugspersonen zusammenarbeiten. Sie ist bestrebt, den Menschen mit besonderem Bildungsbedarf jeglichen Alters, jeglicher Art und jeglichen Grades mit adäquat ausgebildetem Fachpersonal eine bedürfnisgerechte und individuumsorientierte Bildung und Erziehung sicherzustellen. Ziele der Bildung und Erziehung sind eine optimale Persönlichkeitsentwicklung, Autonomie sowie soziale Integration und Partizipation.
Sonderschule	Schule der obligatorischen Bildungsstufe, die auf bestimmte Behinderungsformen oder Lern- und Verhaltensschwierigkeiten spezialisiert ist. Die Sonderschule nimmt ausschliesslich Kinder und Jugendliche auf, die aufgrund des standardisierten Abklärungsverfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs ausgewiesenen Anspruch auf Verstärkte Massnahmen haben. Sie untersteht einem kantonalen Bewilligungsverfahren. Sie kann zusätzlich mit einem stationären Unterbringungsangebot oder mit einem Betreuungsangebot in Tagesstrukturen kombiniert sein. Ebenso ist die Sonderschule in Abgrenzung zur Regelschule zu denken.
Standardisiertes Abklärungsverfahren zur Ermittlung des individuellen Bedarfs (SAV)	Als Ersatz für die bisherigen IV-Kriterien wurde im Auftrag der EDK ein standardisiertes Abklärungsverfahren zur Ermittlung des individuellen Bedarfs entwickelt. Dieses Verfahren ist eines der Instrumente, die das Konkordat Sonderpädagogik vorschreibt. Das Standardisierte Abklärungsverfahren kommt zur Anwendung, wenn sich getroffene Massnahmen im Rahmen des Förderangebots als ungenügend oder ungeeignet erweisen. Im Frühbereich gilt ein angepasstes Verfahren. Es legt fest, welche Verfahrensschritte relevant, welche Informationen notwendig und welche Kriterien zu berücksichtigen sind. Ziel des Verfahrens ist die Ermittlung des individuellen Bedarfs an sonderpädagogischen Massnahmen. Wenn Verstärkte Massnahmen notwendig sind, wird das Ausmass in Bedarfsstufen angegeben. Im Abklärungsverfahren werden das Umfeld der Betroffenen sowie deren Möglichkeiten, am sozialen Leben teilzunehmen, und gegebenenfalls auch medizinische Diagnosen und Ergebnisse von psychologischen Testverfahren sowie Evaluationen von Pädagogisch-Therapeutischen Massnahmen berücksichtigt. Der diagnostische Prozess mündet in eine Stellungnahme zum Entwicklungs- und Bildungsbedarf des Kindes respektive Jugendlichen. Diese Stellungnahme, die auch Vorstellungen über die Durchführung der empfohlenen Massnahmen enthalten kann, dient als Grundlage für den Entscheid, ob Verstärkte Massnahmen angezeigt sind oder nicht und hat den Charakter einer fachlich begründeten Empfehlung an die kantonale Entscheidungsinstanz.

	Grundlage bilden die International Classification of Functioning (ICF) der Weltgesundheitsorganisation (WHO), insbesondere die Kinder- und Jugendlichenversion (ICF-CY Children and Youth) und weitere Klassifizierungssysteme wie die International Classification of Diseases (ICD-10).
Stationäre Unterbringung	Betreuungsangebote mit Internatsplätzen in stationären Einrichtungen (inklusive Betreuung und Pflege) für Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf mit ausgewiesenem Anspruch aufgrund des Standardisierten Abklärungsverfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs, die aus verschiedenen Gründen nicht in ihren Familien leben können.
Transport	Organisation der Fahrt zur Schule oder Therapiestelle und nach Hause für Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Behinderung den Weg nicht selbständig bewältigen können, bzw. ihre Begleitpersonen.
Unterstützung	Unterstützungsintervention im Rahmen der Heilpädagogischen Früherziehung und des Unterrichts für Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf und für das Umfeld (Lehr- und Fachpersonen, Klasse, Familie usw.) durch Fachkräfte mit entsprechender Spezialisierung, insbesondere im Behinderungsbereich.
Verstärkte Massnahmen	Gemäss Artikel 5 der Interkantonalen Vereinbarung: ¹ Erweisen sich die vor der Einschulung oder die in der Regelschule getroffenen Massnahmen als ungenügend, ist aufgrund der Ermittlung des individuellen Bedarfs über die Anordnung <i>Verstärkter Massnahmen</i> zu entscheiden. ² Verstärkte Massnahmen zeichnen sich aus durch einzelne oder alle der folgenden Merkmale: a. lange Dauer, b. hohe Intensität, c. hoher Spezialisierungsgrad der Fachpersonen sowie d. einschneidende Konsequenzen auf den Alltag, das soziale Umfeld oder den Lebenslauf des Kindes oder des Jugendlichen.
Verstärkte Sonderpädagogische Massnahmen	Verstärkte Sonderpädagogische Massnahmen sind integrierender Bestandteil des öffentlichen Bildungsauftrags. Unter Verstärkten Sonderpädagogischen Massnahmen wird der Einsatz von sonderpädagogischen Angeboten zur Erfüllung des besonderen Bildungsbedarfs eines Kindes oder Jugendlichen verstanden, insbesondere im Fall einer Behinderung. Verstärkte sonderpädagogische Massnahmen können in integrativen oder separativen Formen erfolgen. Sie umfassen auch die Heilpädagogische Früherziehung und die pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (Logopädie und Psychomotorik-Therapie). Verstärkte Sonderpädagogische Massnahmen werden von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen (Vertiefungsrichtung Heilpädagogische Früherziehung oder Vertiefungsrichtung Schulische Heilpädagogik) respektive Fachpersonen für Logopädie bzw. Psychomotorik-Therapie mit entsprechender Ausbildung (BA) ausgeführt, die mit den Fachkräften der Regelschule und mit weiteren spezifisch ausgebildeten Fachpersonen zusammenarbeiten.
Volksschule	Regelschule + Sonderschule (muss noch formuliert werden)
Vorobligatorischer Bereich	Zeit von Geburt bis Eintritt in den ersten Zyklus (Kindergarten); das freiwillige erste Kindergartenjahr ist mit Eintritt in die Vorschulstufe mitgemeint und wird zum obligatorischen Bereich gezählt.